W O R T P R O T O K O L L

der 82. Sitzung des Bildungsausschusses
am Donnerstag, 12. Juni 2025, 9.00 Uhr
in Schwerin, Schloss, Konferenzraum 479

Vorsitzender: Abg. Andreas Butzki
stellv. Vorsitzende: Nadine Julitz

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof

**Sonderbericht gemäß § 99 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-
Vorpommern – Ausgaben des Landes und der Kommunen zur Finanzierung
des Kindertagesförderungsgesetzes**

- Drs. 8/4756 -

Bildungsausschuss (f)
Innenausschuss (m)
Finanzausschuss (m)

hierzu: Amtliche Mitteilung 8/125, A Drs. 8/320 bis 8/320-9 ff.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG**Öffentliche Anhörung**

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof
Sonderbericht gemäß § 99 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern – Ausgaben des Landes und der Kommunen zur Finanzierung des Kindertagesförderungsgesetzes

- Drs. 8/4756 -

Bildungsausschuss (f)
Innenausschuss (m)
Finanzausschuss (m)

hierzu: Amtliche Mitteilung 8/125, A Drs. 8/320 bis 8/320-9 ff.

Vors. **Andreas Butzki**: Guten Morgen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 82. Sitzung des Bildungsausschusses und begrüße Sie alle recht herzlich. Ich schlage vor, dass wir von der heutigen Anhörung gemäß § 24 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung ein Wortprotokoll anfertigen lassen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Dann kommen wir zur Tagesordnung. Ich rufe auf: Einziger Punkt der Tagesordnung, Unterrichtung durch den Landesrechnungshof, Sonderbericht gemäß § 99 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern – Ausgaben des Landes und der Kommunen zur Finanzierung des Kindertagesförderungsgesetzes. Hier: Landtagsdrucksache 8/4756. Bildungsausschuss ist federführend, Innenausschuss und Finanzausschuss sind mitberatend. Hierzu: Amtliche Mitteilung 8/125, Ausschussdrucksache 8/320 bis 8/320-9 ff.

Zunächst einmal herzlichen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, um an unserer Sitzung teilzunehmen! Es handelt sich bei unserer heutigen Sitzung um eine öffentliche Anhörung, aus diesem Grund dürfen Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden. Den Zuschauern ist es allerdings nicht gestattet, Beifall oder Missfallen zu äußern. Ich bitte darum, sich dementsprechend zu verhalten. Alle Sachverständigen erhalten die Gelegenheit, ein Eingangsstatement von bis zu fünf Minuten abzugeben. Die Sitzung wird, wie im Einladungsschreiben angekündigt, bis maximal 11.30 Uhr gehen, da wir im Anschluss eine weitere Sitzung haben werden.

Also Zielorientierung sollte so gegen 11.00 Uhr sein. Die Reihenfolge, in der ich die Sachverständigen nun aufrufe, ergibt sich aus der Tischvorlage. Sie ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Rückmeldung. Die Tischvorlage enthält zugleich ein Verzeichnis der schriftlichen Stellungnahmen.

Wir kommen dann zu den Eingangsstatements der Sachverständigen und ich möchte wirklich darum bitten, und da werde ich auch darauf achten, dass wissen einige Anzuhörende ja, dass wir fünf Minuten dazu, für das Eingangsstatement haben. So und in der Reihenfolge ist zuerst Herr Christian Wölm, stellvertretender Landesfachbereichsleiter von ver.di Landesbezirk Nord dran. Herr Wölm, Sie haben das Wort.

Christian Wölm (stellvertretender Landesfachbereichsleiter ver.di Landesbezirk Nord): Ich habe hier noch ein technisches Problem.

Vors. **Andreas Butzki**: Dann würde ich vorschlagen, dann fangen wir gleich mit Frau Dr. Gelke an, Referentin beim Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern. Frau Gelke, Sie haben das Wort.

Dr. Judith Gelke (Referentin beim Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern): Vielen Dank! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Verehrte Gäste! Aus meiner Zeit im aktiven Schuldienst habe ich noch eines in Erinnerung: Hochkomplexe Sachverhalte lassen sich manchmal visuell ein bisschen veranschaulichen und runterbrechen. Ich habe Ihnen eine „Kirschtorte“ mitgebracht

(Dr. Judith Gelke zeigt den Ausschussmitgliedern ein Foto mit einer Torte)

und die soll...

(Zuruf aus dem Ausschuss)

Leider keine echte, das liegt an der kommunalen Finanzausstattung.

(Heiterkeit im Ausschuss)

Können Sie sich an den Innenminister wenden! Diese Torte steht ausnahmsweise mal nicht für unser Finanzierungsmodell, von dem wir auch gerne vom Tortenmodell sprechen, sondern tatsächlich für das, was unsere Kindertagesbetreuung im Betreuungsalltag ausmacht. Diese Torte und diese Kirschen stehen also für alles das, was wir in den vergangenen Jahren liebevoll an Qualität in dieses System gekippt haben. Zielstellung ist es, die bestmöglichen Bedingungen für unsere Kinder, für ihr Aufwachsen zu schaffen und den Erzieherinnen und Erziehern dabei das Leben so leicht wie möglich zu machen. Der Sonderbericht des Landesrechnungshofes konstatiert nun, dass unsere Torte im Bundesvergleich gar nicht unangemessen groß ausfällt. Dennoch führt die Kostenentwicklung der letzten fünf Jahre zu größten Sorgenfalten bei Land und Kommunen als Kostenträgern. Im anglophonen Sprachraum gibt es ein schönes Sprichwort, das ganz gut umreißt, welche etwas widersprüchliche Paralleldebatte wir derzeit um das KiföG führen. Es heißt: You can't have your cake and eat it too. Man kann also seinen Kuchen nicht gleichzeitig bewahren wollen, vor sich auf den Tisch stellen und aufessen. Die Kosten der Kindertagesförderung sind in den letzten Jahren exakt so ausgefallen, wie wir sie bestellt haben. Wir wollten ein Mehr an Qualität und haben hierfür verschiedene Kirschen auf die Torte gelegt: mittelbare pädagogische Arbeitszeit, feste Fortbildungsverpflichtungen, eine tariforientierte Entlohnung, Sondermittel für einzelne Förderbereiche wie die Sprachentwicklung oder sozialräumliche Besonderheiten. Wir haben die Fachkraft-Kind-Relation verbessert. Wir haben die zuvor unterschiedlichen Personalschlüssel nivelliert und einer einheitlichen Herleitung unterzogen. Und wir fördern konzeptionelle und pädagogische Vielfalt, wie es das SGB VIII auch von uns verlangt. Wir haben ein im Vergleich der acht Gebietskörperschaften zuvor zerfasertes und ungleiches, ungerechtes System in vielen zentralen Aspekten über den Landesrahmenvertrag angeglichen und die größten Abweichungen, die es nach unten gab, nivelliert. Das könnte man durchaus als sozialpolitische Errungenschaft betrachten. Gleichzeitig, und jetzt kommt die Torte und der Widerspruch, gleichzeitig führen wir im Lichte unserer massiv belasteten öffentlichen Haushalte eine intensive Kostendebatte. Wir stehen einigermaßen fassungslos vor einer knappen Milliarde Gesamtkosten im Jahr, die diese Torte uns inzwischen kostet. Wir beschäftigen mehrere Kommissionen damit, einen Katalog möglicher Kostendämpfungs-

maßnahmen zu formulieren. Wir sollen Fehlanreize im System aufdecken, Kontrollen verschärfen, schlummernde Effizienzreserven heben. Sprechen wir also über die Bäckerei, in der diese Torte gebacken wird. Der derzeitige Rechtsrahmen bedeutet für Eltern ein „Rundum-Sorglos-Paket“ ohne jeglichen Anreiz zur Kostenminimierung oder zu sparsamem Verhalten in der Inanspruchnahme. Die geschätzten Leistungserbringer, die hier auch vertreten sind, agieren gleichzeitig in einem Raum ohne jeglichen Wettbewerbsanreiz und verhalten sich darin vollkommen rational. Sie genießen in diesem prospektiven System Möglichkeiten zu Gewinnerzielung, ohne dass es ein retrospektives Korrektiv gibt. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wiederum führen Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltverhandlungen ohne echte Verhandlungsspielräume. Die Steuerungskraft unserer Jugendhilfe und Bedarfsplanung ist äußerst schwach, und das wirkt sich angesichts stark sinkender Geburtenzahlen umso dramatischer auf die Kostenentwicklung aus. Für die Diskussion, die wir also heute zu diesem Sonderbericht führen, wünschen sich die Landkreise insbesondere eine grundlegende Ehrlichkeit. Qualitätsstandards kosten Geld. Jede dieser Kirschen hier kostet Geld. Unsere Rahmenbedingungen aber auch. Und es braucht eine Diskussion, die zum ersten Mal wirklich ergebnisoffen geführt wird und ohne Denkverbote. Auf den ersten Blick mag es vielleicht einfacher erscheinen, einzelne Kirschen von der Torte zu entfernen, ich glaube aber, es braucht einen Küchenumbau. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! War eine Punktlandung mit den fünf Minuten. Herr Wölm, sind Sie jetzt technisch so weit? Dann dürfen Sie.

Christian Wölm: Ich bin jetzt so weit. Danke! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses! Verehrte Gäste! Ich mache es nicht ganz so bildhaft. Ich bitte um Nachsicht, aber im Prinzip stoßen wir in die gleiche Richtung. Also natürlich stellen wir fest, dass Kosten gestiegen sind. Das stellen wir gleichzeitig fest, aber auch, dass das völlig normal ist, wenn man Qualität steigern möchte. Wir sagen, das ist weder verwunderlich, noch ist es unanständig, wenn die Kosten für Bildung, Erziehung und Betreuung unserer Kinder steigen. Entscheidend ist für uns, dass das Geld vor Ort ankommt. Und aus Sicht von uns, von ver.di, ist es eben so, dass entscheidend ist, dass Qualität gesteigert wird und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Kindertagesförderung gut sind, gut bleiben und auch besser

werden können. Entsprechend sehen wir das mit gestiegenen Kosten natürlich naturgemäß weniger kritisch.

Ob jetzt sozusagen die Beitragsfreiheit angetastet werden soll oder nicht, haben wir auch eine klare Meinung zu. Wir haben die Einführung der Beitragsfreiheit zwar kritisch begleitet, weil auch dort wir den Fokus eher auf Qualität und Arbeitsbedingungen setzen, allerdings sehen wir natürlich auch, ich sage mal als Organisation, die nicht nur für die Beschäftigten in den Kindertagesstätten zuständig ist, sondern für den gesamten Dienstleistungsbereich, die Beitragsfreiheit eben gleichzeitig auch als ein hohes Gut an. Es hat zu einem Plus in den Geldbeuteln der Eltern geführt, und vor dem Hintergrund der immer noch niedrigen Durchschnittseinkommen im Bundesland ist das eine Arbeitsmarkt- und ordnungspolitische Maßnahme gewesen, die allerdings auch, das sehen wir weiterhin so, auch durch die gute Arbeit in der Kindertagesförderung untermauert werden muss. Es hat eben entsprechend auch zwei Seiten. Gleichwohl sehen wir auch, dass aus verschiedenen Gründen eben die Umstellung des Finanzierungssystems zu positiven Effekten für die Beschäftigten in der Kindertagesförderung geführt hat. Ich würde das jetzt nicht als Kirsche auf der Torte bezeichnen, sondern durchaus als Fundament dessen, was sozusagen die Qualität in der Kindertagesförderung ausmacht auch. Und ich hatte ja schon betont, dass uns die Qualität auch sehr wichtig ist. Wenn man über jetzt moderate Elternbeiträge spricht, wie das teilweise eben auch in dem Bericht vorgeschlagen wird, sehen wir immer auch den Aufwand und Nutzen für solche konkreten Ausgestaltungen zu betrachten. Führt man jetzt eine Staffelung ein? Bestimmte Einkommensgrenzen usw.? Wo wird diese Bemessungsgrenze festgelegt? Führt das zu wiederum anderen negativen Effekten? Alles das muss abgewogen werden. Und nach alledem sehen wir eben nicht, dass es einen Mehrnutzen bringt, die Beitragsfreiheit abzuschaffen. Wenn wir uns die Finanzierungsstruktur angucken, was die Prospektivität angeht, können wir durchaus, vielleicht aus anderen Gründen des Landesrechnungshofes, aber durchaus aus Gründen der Arbeitsbedingungen auch und der Einfachheit für die Kostenträger, aber auch für die, insbesondere für die Leistungserbringer, eine Abkehr von Prospektivitätsprinzip sehr gut vorstellen. Wir haben jetzt die Situation, dass, wenn wir Tarife verhandeln, die sich am Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes orientieren, anlehnen oder ihn voll anwenden, wir bei den freien Trägern die Situation haben, dass wir Lohnsteigerungen des öffentlichen Dienstes, wie sie jetzt auch kürzlich eben

vereinbart worden sind, immer nur mit einem gewissen Versatz, teilweise bis zu zwölf Monaten, umgesetzt werden können. Das liegt eben an der Verhandlungssystematik zwischen Leistungserbringer und Kostenträger und dem Prospektivitätsprinzip. Wir haben da ganz klar einen Nachteil der Beschäftigten bei den freien Trägern, weil sie entsprechende Entgeltsteigerungen eben später bekommen als ihre Kolleginnen und Kollegen, die beispielsweise über kommunale Kindertageseinrichtungen angestellt sind. Also von daher würden wir eine Abkehr vom Prospektivitätsprinzip durchaus begrüßen. Aus anderen Gründen vielleicht, wie das der Landesrechnungshof vorschlägt, aber wir sehen da durchaus Chancen, auch für die freien Träger, entsprechende Lohnsteigerungen auch dann rückwirkend umzusetzen beziehungsweise zeitgleich mit den Raten oder mit den Zeitpunkten, die dann auch im TVöD dann auch vereinbart worden sind.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Wölm, ich möchte Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Christian Wölm: Ja, sehr gerne. Letztes Wort noch mal zum Personal. Die Entlastung des Personals in den Kindertagesstätten ist sowohl kurzfristig als auch in der Perspektive dringend notwendig. Vor dem Hintergrund sinkender Kinderzahlen plädieren wir dafür, das als eine Art Bildungskredit zu betrachten, hier nicht an die Eltern, an die Fachkraft-Kind-Relationen ranzugehen, sondern die sinkenden Kinderzahlen entsprechend als Chance zu begreifen, um mehr Qualität, eine Qualitätssteigerung sozusagen in der Kindertagesförderung weiterhin zu erreichen. Danke schön!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Als nächstes ist Michaela Scott, freie Pressereferentin bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern dran. Sie haben das Wort, Frau Skott.

Michaela Skott (freie Pressereferentin bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender Butzki! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr verehrte Gäste! Ich darf Stellung nehmen im Auftrag für Ulrike von Malottki, unsere stellvertretende Landesvorsitzende, die gerade eine Spanischklausur betreut und deswegen mich geschickt hat. Unsere Stellungnahme liegt Ihnen vor. Ergänzend dazu ein paar andere

Worte. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern bedankt sich zunächst noch für die Gelegenheit zur Anhörung zu dem Sonderbericht Kindertagesförderung, dessen einzelne Inhalte wir nicht direkt wiedergeben wollen. Verständlicherweise betrachtet der Landesrechnungshof die Entwicklung der Ausgaben zur Finanzierung der Kindertagesförderung aus fiskalischer Sicht. Vor dem Hintergrund eines angespannten Landeshaushalts ist dies für uns nachvollziehbar, entspricht jedoch nicht unserem Betrachtungsansatz. Der Bericht macht deutlich, die Ausgaben des Landes für die Kindertagesförderung haben sich bezogen auf die Daten aus dem Jahr 2018 mehr als verdoppelt. Das begrüßen wir ausdrücklich! Als Bildungsgewerkschaft betrachten wir bereits die frühkindliche Bildung als integralen Bestandteil des Bildungssystems. Denn ganz gleich, wie stabil ein Haus gebaut wird, wenn schon am Fundament gespart wird, kann es dauerhaft weder Regen noch Sturm standhalten. Grundsätzlich sollte es staatliche Aufgabe sein, den Besuch von Einrichtungen der Kindertagesförderung ebenso kostenlos zu ermöglichen, wie den Besuch der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Bildung erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, ermöglicht Teilhabe und Gleichberechtigung und kann einen Beitrag zur Armutsprävention leisten. Die Studienlage dazu ist vielfältig und wird hier nicht gesondert dargelegt. Wir wollen daran erinnern, pädagogisch qualitativ hochwertige Kindertageseinrichtungen sind kein „Nice-to-have“, und sie sind auch keine Kirschen auf irgendeiner Torte, sie sind rechtliche Pflicht! Kinder haben einen Anspruch auf den Besuch einer Einrichtung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Das SGB VIII definiert sehr genau den Auftrag zur Bildung, Förderung und Erziehung sowie der Unterstützung von Familien bei der Betreuung. Das Recht auf Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht und auch Kinder sind, das wird niemanden überraschen, kleine Menschen. Die UN-BRK definiert darüber hinaus den Anspruch auf Teilhabe, also Inklusion. Einen wesentlichen Anteil an den Kostensteigerungen der vergangenen Jahre hatte laut Bericht die aus unserer Sicht übrigens erfreuliche Tarifentwicklung für die pädagogischen Fachkräfte. Die Entwicklung der Gehälter in weiten Teilen des Landes auf das Niveau des TVöD war dringend geboten. Die umfangreiche, qualitativ hochwertige Ausbildung von staatlich anerkannten ErzieherInnen, die immerhin dem Niveau des DQR 6 (Deutscher Qualifikationsrahmen) entspricht, was ein Bachelorabschluss an einer Hochschule ist, sowie die verantwortungsvolle pädagogische Tätigkeit machen eine adäquate Vergütung nach vielen Jahren im Lohnkeller dringend notwendig. Ein Motor für diese

Entwicklung war ohne jeden Zweifel die Elternbeitragsfreiheit. Seitdem ist es der GEW M-V als Tarifpartner gelungen, deutlich bessere Tarifverträge abzuschließen. Teilweise betragen die Gehaltszuwächse bis zu 800 Euro brutto mehr, und dies ist kein Ausdruck einer besonders hohen Vergütung, es gilt nämlich der Tarifvertrag SuE, sondern macht eher deutlich, dass die bis dahin gültige Vergütung so schlecht war, dass viele der Beschäftigten auf weitere Nebentätigkeiten angewiesen waren. Gerade bei kleinen freien Trägern ist das auch heute noch.

Was sich aus unserer Sicht deutlich weniger erfreulich entwickelt hat, ist die Qualität in der Kindertagesförderung. Trotz hoher zusätzlicher Bundesinvestitionen ist es dem Land nicht gelungen, genügend Personal in die Einrichtung zu bringen und die Fachkraft-Kind-Relation auch dort deutlich zu senken, wo es für das Kindeswohl am notwendigsten ist: Es ist in den Krippen und den Horten. Deshalb ist es uns wichtig, darauf hinzuweisen: Uns als Bildungsgewerkschaft ist nicht daran gelegen, die Ausgaben für die Kindertagesförderung im Zuge der zweifellos notwendigen Sparmaßnahmen im Landeshaushalt zu senken. Die Wiedereinführung eines Elternbeitrages für bereits jetzt bestehende Leistungen, gleich in welcher Form und Definition, lehnen wir ab. Auch bei sinkenden Kinderzahlen geht es uns darum, diese Ausgaben als notwendige Investitionen zu verstehen und diese in den kommenden Jahren mindestens auf einem gleichbleibenden Niveau zu halten, wenn nicht gar auszubauen, um die Bildungsqualität zu verbessern. Der Sonderbericht des Landesrechnungshofs spricht hierzu von der demographischen Rendite, Seite 20. Die GEW setzt sich für die Schaffung eines landesweit einheitlich gesetzlich geregelten Mindestpersonalschlüssels ein, der sicherstellt, dass alle Einrichtungen von Alt Meteln bis Zinnowitz nach den gleichen Qualitätsstandards personell ausgestattet werden. Und nein, das schaffen die aktuellen Regelungen des Landesrahmenvertrages nicht, weshalb dieser in seiner Präambel auf die gleiche Forderung verweist. Wir wollen erreichen, dass alle Aufgaben des KiföG M-V ausreichend abgebildet werden und außerdem ein genügender Ansatz für Weiterbildung, Krankheits- und oder Pflegezeiten enthalten ist. Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass M-V aus dem Tabellenkeller der Betreuungsqualität aufsteigt. M-V hat im bundesweiten Vergleich die schlechteste Betreuungsrelation. Das darf so nicht bleiben. Deshalb fordert die GEW M-V gemeinsam mit dem Kita-Landeselternrat M-V einen Zukunftsplan Kita und sie fordert ihn jetzt.

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank, Frau Skott. Als nächstes hat Thomas Deiters, stellvertretender Geschäftsführer beim Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern, das Wort.

Thomas Deiters (stellvertretender Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern): Sehr geehrter Herr Butzki! Sehr geehrte Damen und Herren Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren, die hier als Gäste teilnehmen! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier zu dem Sonderbericht und zu Ihren Fragen Stellung nehmen zu dürfen. Neben der ausführlichen Stellungnahme möchte ich jetzt noch mal kurz betonen, dass uns die zusammenfassenden Feststellungen des Landesrechnungshofes wichtige Hinweise für die dringend notwendige Evaluation des KiföGs geben, die Sie als Landesgesetzgeber ja damals bei der Einführung der Elternbeitragsfreiheit beschlossen haben, die in diesem Jahr durchgeführt werden soll. In unserer Stellungnahme finden Sie zusammengefasst eine differenzierte Betrachtung, also die Dinge, die sich der Gesetzgeber mit der Elternbeitragsfreiheit versprochen hat. Viele Dinge sind wirklich erfolgreich umgesetzt worden. Wir haben es gerade auch in den Vorreden gehört. Wir haben eine erhebliche Entlastung der Eltern. Die Kaufkraft junger Familien ist deutlich gestärkt worden durch die Elternbeitragsentlastung. Die Gehälter der Beschäftigten zu Anfang eher im Keller, jetzt bundesweit auf höchstem Niveau im Ländervergleich. Wir haben das alles gemacht damals. Ach so, und ich muss auch noch sagen, ganz wichtig ist auch die Beschäftigung und die Erwerbstätigkeit von Frauen, gerade in unteren Gehaltsgruppen ist auch erkennbar deutlich gestiegen – das muss man auch sagen. Das sind die positiven Effekte. Wir haben das damals auch begrüßt oder mitgemacht, die Elternbeitragsfreiheit. Wir haben in Frage gestellt, ob wir mit den Kostensteigerungen auskommen, die damals mit 2,3 Prozent pro Jahr dann beziffert worden sind und die Entwicklung, die wir jetzt sehen, hat eigentlich unseren Sorgen Recht gegeben, dass wir viel, viel höhere Kostensteigerungen hatten. Und wir sind jetzt an dem Punkt, dass wir anders als im Jahr 2020, wo ja gleichzeitig auch ein wirklich gutes FAG beschlossen worden ist vom Landtag, dass wir jetzt... Ab dem nächsten Jahr werden unsere Städte und Gemeinden diese Ausgaben nicht mehr bezahlen können, ohne gleichzeitig andere, auch wichtige Aufgaben vernachlässigen zu müssen. Deswegen ist, glaube ich, eine Abwägung, eine Überprüfung, eine Evaluation der damals getroffenen Regelungen wirklich sehr wichtig. Und wir finden es auch gut, dass der

Landesrechnungshof auch die Diskussion der Wiedereinführung von moderaten Elternbeiträgen mit in die Debatte bringt. Das sollte kein Tabu sein, wenn man an der anderen Seite, auf der anderen Seite wirklich vor der Unfinanzierbarkeit steht. Ob man das und wie man das tatsächlich macht, das ist Ihre Entscheidung als Landesgesetzgeber nachher im Parlament. Wir können Sie nur beraten. Bei uns, aus Sicht der Städte und Gemeinden wird dieses Thema diskutiert. Wir sehen natürlich, dass die Landesregierung die Elternbeitragsfreiheit erst mal finanziert. Aber wir sehen auch, dass es kein entsprechender, keine entsprechende Steuerungsfunktion gegeben hat mittlerweile, die zum Beispiel die Inanspruchnahme dann auch entsprechend eingegrenzt hat. Das haben wir tatsächlich nicht hinbekommen. Das ist auch ein wesentlicher Punkt bei der Kostenentwicklung, die wir jetzt zu beklagen haben. Aber, wie gesagt, die Evaluation haben Sie in Auftrag gegeben. Da erwarten wir uns sehr, sehr viel davon. Und parallel laufen die Gespräche ja auch mit der Landesregierung zu kostensenkenden Maßnahmen, auch in dem Kitabereich. Und ich denke, diese Dinge werden sie auch auf den Tisch bekommen. Wir als Städte- und Gemeindetag begleiten positiv den Prozess. Wichtig ist, glaube ich, dass gute Kindertagesbetreuung, die wir hier im Land tatsächlich haben, auch aus unserer Sicht, dass man sie fortführt. Aber man muss sich dann auch über die Finanzierung muss man dann auch die wichtigen Entscheidungen treffen. Herzlichen Dank für die Möglichkeit hier zur Stellungnahme! Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank, Herr Deiters! Als nächstes hat Bernd Tünker, stellvertretender Vorsitzender der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern, das Wort. Herr Tünker, bitte.

Bernd Tünker (stellv. Vorsitzender der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben die schriftliche Stellungnahme zusammengefasst in einem Eingangsstatement und dazu vier Überschriften praktisch verfasst. Die erste Überschrift lautet: Kostensteigerung. Der Landesrechnungshof stellt in seinem Bericht fest, dass jährlich rund 144,5 Millionen Euro an Mehrausgaben für die vollständige Elternbeitragsfreiheit anfallen. Für die Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses im Kindergarten von 1 zu 18 im Jahr 2011 bis auf aktuell 1 zu 14 als wesentliche Qualitätsverbesserung – für diese

Sache fallen jährlich 38,57 Millionen Euro nach den Zahlen des Landesrechnungshofes an. Eine weitere Ursache für die Kostensteigerung, es ist auch schon hier angeklungen, ist die Annäherung der Vergütung an das TVöD-Niveau. Diese Kostensteigerung können wir allerdings der Höhe nach nicht beziffern, weil uns dazu keine validen Zahlen vorliegen. Ein weiterer Faktor in der Kostenentwicklung ist die gestiegene Besuchsquote, die in Krippe und Hort im Vergleich der Jahre 2019 bis 2024 gestiegen sind. Die weitaus höchsten Kostensteigerungen sind also nicht durch Qualitätsentwicklungen verursacht.

Zweite Überschrift sozusagen: Qualitätsentwicklung, Steuerung und Kontrolle. Der Haushaltsplan des Landes steht unter dem Vorbehalt des § 79 Absatz 2 SGB VIII. Dort hat der Bundesgesetzgeber die Verpflichtung zur Qualitätsentwicklung als einen elementaren, fachlichen Steuerungsmodus ausdrücklich festgeschrieben. Dadurch wird einseitigen ökonomischen Steuerungsanforderungen eine Absage erteilt, bei denen fachliche Anforderungen den Sparanforderungen untergeordnet werden. Würde die Qualitätsentwicklung nur in formaler, minimalisierter Form wahrgenommen, wäre dies ein Rechtsverstoß gegen objektives Recht. Da M-V nach wie vor den schlechtesten Personalschlüssel in Deutschland hat, sollte ernsthaft darüber nachgedacht und diskutiert werden, die sinkenden Geburtenzahlen zu nutzen, um Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Aus dem Konnexitätsprinzip unserer Verfassung folgt die sogenannte Kostenbeobachtungspflicht des Landesgesetzgebers und die Pflicht des Landes, gegebenenfalls auf eine nachträglich entstandene Mehrbelastung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu reagieren. Die Behauptung des Landesrechnungshofs, dass örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe keine Handhabe hätten, um eine vereinbarte Qualität oder Leistung bzw. ein geringeres Entgelt durchsetzen zu können, stimmt so nicht. Das KiföG M-V allein beinhaltet zahlreiche Möglichkeiten der Prüfung sowie eine Aufrechnungsmöglichkeit im Rahmen der Neuverhandlung und die Verpflichtung der Einrichtungsträger, die Einnahmen und Ausgaben der zuletzt abgerechneten Wirtschaftsperiode der Einrichtung nachvollziehbar, transparent sowie durch Nachweise belegt darzulegen. In den meist jährlich neu zu verhandelnden Vereinbarungen müssen alle Einnahmen und Ausgaben des letzten Wirtschaftsjahres, also des vorausgegangenen Wirtschaftsjahres, plausibel dargelegt und nachgewiesen werden. In der Verhandlung wird verlangt, dass die Ist-Kosten und Nachweise dazu vorgelegt werden. Die

Behauptung des Landesrechnungshofs, dass die Prüfungsrechte derzeit gering genutzt würden, kann die LIGA M-V insoweit und aus vielen anderen Gründen nicht nachvollziehen. Vielleicht kann der Landesrechnungshof noch einmal befragt werden, wie er darauf kommt.

Dritte Überschrift: Finanzierungssystem und Schiedsstelle. Bis zum 30. Juni 2004 erfolgte in M-V die Finanzierung über Festbeträge nach § 74 SGB VIII. Aufgrund rechtlicher Mängel und verfassungsrechtlicher Bedenken, die unter anderem auch das OVG M-V nannte, wurde das System umgestellt. Mit dem KiföG M-V vom 01.07.2004 trat die Entgeltfinanzierung entsprechend §§ 78 ff. SGB VIII in Kraft. Die Gesetzesbegründung von damals benennt explizit die Mängel der bisherigen Festbetragsfinanzierung und formuliert das Ziel, eine sachgerechte, rechtssichere und bedarfsorientierte Finanzierung zu etablieren. Bei der Entgeltfinanzierung nach § 78a SGB VIII entscheidet die Schiedsstelle auf Antrag einer Partei. Eine Entgeltfinanzierung ohne Schiedsstelle ist für uns keine Alternative. In diesem Fall wären die Verwaltungsgerichte unmittelbar und direkt zuständig. Erinstanzliche Verfahren dort dauern, es ist, glaube ich, kein Geheimnis, mehrere Jahre. Die Schiedsstelle hat sich in der aktuellen Besetzung bewährt. Im Jahr 2003 gab es etwa 300 abgeschlossene Verfahren, im Jahr 2024 etwa 176 Verfahren. Die Verfahrensdauer lag deutlich unter der bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu erwartenden Verfahrensdauer.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Tünker, ich möchte Sie bitten, ein bisschen auf die Zeit zu achten. Den letzten Punkt bitte ganz kurz.

Bernd Tünker: Okay, ganz kurz. Also, die LIGA empfiehlt, das Schiedsverfahren weiterzuentwickeln und hat dazu konkrete Vorschläge – in unserer Stellungnahme werden Sie dazu einiges finden – mitgeteilt. Elternbeiträge als letzten wichtigen Punkt: Die politische Entscheidung des Landes für die Einführung der Elternbeitragsfreiheit ist nach unserer Auffassung zulasten der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und zulasten der Kitakinder geführt. Zu einem Missverhältnis hat das geführt hinsichtlich notwendiger Ausgaben und langfristiger Tragfähigkeit der Kindertagesförderung. Der Landesrechnungshof empfiehlt, die Elternbeiträge wiedereinzuführen. Nur dies könne die Ausgaben merklich senken. Eine zentrale

Aussage im Bericht des Landesrechnungshofs. Nach Auffassung der LIGA M-V gibt es Gründe, die sowohl gegen als auch für die Wiedereinführung von Elternbeiträge sprechen. Die LIGA begrüßt einen offenen Dialog in dieser Frage und fordert die Einbindung aller Beteiligten in den Diskussionsprozess, also zum Beispiel auch der Träger von Kindertagesstätten und der Elternvertretungen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Soweit meine Ausführungen.

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Als nächster ist dran Herr Heiner Rebschläger, Vorsitzender des Kita-Landeselternrates Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben das Wort.

Heiner Rebschläger (Vorsitzender des Kita-Landeselternrates Mecklenburg-Vorpommern): Vielen Dank! Einen schönen guten Morgen in die Runde. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Werte Gäste und sehr geehrte Damen und Herren! Ja, unsere Stellungnahme liegt Ihnen vor. Die möchte ich hier nicht zitieren. Aber einige ergänzende Worte habe ich dennoch mitgebracht. Viele von Ihnen wissen aus eigener Erfahrung, wie es ist, Ihr Kind in die Kita zu bringen. Wie fühlt es sich an, das eigene Kind in der Kindertagesstätte abzugeben? Mit Hoffnung, dass da jemand ist, der das Kind sieht, das Kind fördert, das Kind schützt. Aber nicht jede Kita kann das leisten, weil Gruppen zu groß sind, weil Personal fehlt, weil Zeit fehlt. Und ich frage Sie: Ist das genug für Ihr Kind, für unsere Kinder, für unser Land? Was wir wissen und was der Landesrechnungshof bestätigt hat: Die Kinder kamen bisher zu kurz. Die Beitragsfreiheit entlastete Eltern. Gehaltserhöhungen entlasteten Fachkräfte. Aber die Kinder selbst haben kaum profitiert. Mecklenburg-Vorpommern liegt beim Betreuungsschlüssel bundesweit auf dem letzten Platz. Gruppen sind zu groß. Inklusion funktioniert oft nur auf dem Papier. Fachkräfte arbeiten unter Druck. Kinder bekommen nicht, was sie brauchen – und das in der sensibelsten Phase ihres Lebens, der frühen Kindheit. Ich selbst bin regelmäßig im Austausch mit Eltern, deren Kinder besonderen Förderbedarf haben. Und was die berichten, ist erschütternd. Entschuldigung! Dass Sie keine Kita finden, die Ihr Kind aufnimmt, dass Eingewöhnungen scheitern, weil schlicht Personal fehlt. Dass ihnen gesagt wird – geht mir nahe, Entschuldigung – ihr Kind ist nicht kitafähig. Eine Mutter erzählte mir, dass sie mit ihrem Kind bereits drei Einrichtungen durchlaufen musste. Drei Einrichtungen.

Das war eine Kita-Odyssee mit tiefen Spuren beim Kind und großer Unsicherheit der Familie. Und das passiert nicht, weil niemand will, sondern weil das System strukturell nicht bereit ist. Nicht für Vielfalt, nicht für Teilhabe, nicht für echte Inklusion. Auch von Fachkräften hören wir in diesen Wochen immer häufiger: Und was ist mit uns? Haben wir in zwei Jahren noch unseren Job? Die Sorge betrifft nicht nur Rostock, sondern das ganze Bundesland. Auch in kleinen Orten fragen sich Erzieherinnen und Erzieher, ob sie bei sinkenden Kinderzahlen eingespart werden und gleichzeitig eine Fachkräfteoffensive des Ministeriums. Viele fragen sich: Was bringt die Offensive, wenn gleichzeitig Perspektiven verloren gehen? Das ist ein Widerspruch, der Vertrauen kostet. Denn wir haben gerade jetzt die Chance, endlich strukturell zu verbessern. Gruppen verkleinern, Betreuungsschlüssel verbessern, Qualität ermöglichen. Aber stattdessen entsteht Rückbau statt Reform. Verunsicherung statt Vertrauen. Ich höre, wie Sie auch, regelmäßig von der Landesregierung: Wir haben bundesweit eine der höchsten Betreuungsquoten oder M-V hat den höchsten Betreuungsumfang. Ja, das mag statistisch stimmen. Aber ich frage zurück: Was sagt das über das Kindeswohl aus, über den Alltag in Kitas? Denn wenn eine Fachkraft gleichzeitig 14 Kinder oder mehr betreuen muss, dann hilft auch der längste Betreuungsumfang nichts, wenn er ohne Zeit, ohne Förderung und ohne Beziehung stattfindet. Die Realität sieht anders aus. Notgruppen im Winter, Zusammenlegung bei Personalmangel, Ausfall von Entwicklungsdokumentation, Absage von Angeboten, Sprachförderung und Elternarbeit. Eine Zahl ist kein Kind, eine Quote kein Bildungsversprechen. Wenn wir uns auf Betreuungsquoten ausruhen, verlieren wir den Blick für das, was wirklich zählt: Was kommt bei den Kindern an? Was können Fachkräfte leisten? Was bedeutet echte Qualität in unseren Kitas? Wir brauchen nicht weniger Reformen. Wir brauchen mehr. Nicht Sparpolitik, sondern Reformversprechen. Bessere Betreuungsschlüssel, kleinere Gruppen, echte Inklusion, multiprofessionelle Teams, verlässliche Perspektiven für Familien und Fachkräfte. Frühkindliche Bildung ist keine Sparoption. Sie ist Grundlage für alles, was danach kommt in Schule, Gesellschaft und Wirtschaft. Wir alle, Sie und ich, tragen Verantwortung für die Kinder, die heute in unseren Kitas sind und die sie zukünftig besuchen werden. Auch Ihre. Auch meine. Lassen Sie uns Kitapolitik nicht weiter zwischen Haushaltslogik und Verwaltungslogik zerreiben. Lassen Sie uns in einem ersten Schritt gemeinsam auf ein Personalmoratorium hinwirken, die demografische Rendite als Chance nutzen und alles Weitere, wie hier vorher schon oft ausgeführt, in

einer ergebnisoffenen Debatte diskutieren.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Rebschläger, ich habe Ihnen jetzt schon ein paar Sekunden mehr gegeben.

Heiner Rebschläger: Danke. Letzter Satz. Letztes Wort: Zukunftsplan Kita gemeinsam mit der GEW. Jetzt! Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Als nächster hat Dietger Wille, Beigeordneter und zweiter Stellvertreter des Landrats des Landkreises Vorpommern-Greifswald, das Wort. Bitte, Herr Wille.

Dietger Wille (Beigeordneter und zweiter Stellvertreter des Landrats des Landkreises Vorpommern-Greifswald): Ja, meine Damen und Herren, ich bedanke mich sehr für die Möglichkeit, hier vorzutragen! Ich muss vielleicht eine Sache vorausschicken, die gar nicht unmittelbar mit dem Thema Kita zusammenhängt, aber doch in dem Zusammenhang zu berücksichtigen ist. Wir sind als Kommunen, damit meine ich nicht nur die Landkreise, sondern auch die Gemeindeebene im Moment in einer sehr, sehr schwierigen Situation. Ich bin ja Feuerwehrmann, deswegen würde ich immer sagen: Wir haben ein Haus, wo das Dach lichterloh brennt. Finanziell muss man die Frage stellen: Warum ist das so? Haben wir denn zu wenig Geld? Und da würde ich sagen, wir haben so viel Geld wie noch nie. Aber die Ausgaben sind in den letzten Jahren unglaublich explodiert. Und hier komme ich jetzt auf das eigentliche Thema. Und dazu gehört eben auch der Bereich Kita. Das ist nicht der eine Grund, sondern es ist einer von vielen, von vielen Gründen. Und deswegen ist... Für alles, was man tut, muss man immer sagen, es muss langfristig und nachhaltig bezahlbar sein. Das heißt, wir brauchen Lösungen, die auch funktionieren und die nicht einen der Träger der im System Beteiligten in irgendeine Not und Leistungsunfähigkeit stürzt. So, und jetzt ist natürlich die Frage, was ist zum Landesrechnungshofbericht zu sagen? Dem Grunde nach viele, viele der Feststellungen, dem kann ich zustimmen. Ich würde fünf Punkte benennen, die ursächlich sind im Moment für die schwierige Situation, in der wir sind. Also, um auch noch mal einen Zahlenvergleich zu sagen. Bei Umstellung auf das System „Beitragsfreie Kita“ hatten wir im gesamten Landkreis Vorpommern-Greifswald um die 100 Millionen Ausgaben für alle Platzkosten im gesamten Landkreis. Und wir

werden im nächsten Jahr ungefähr bei den ungefähr bei 160 Millionen Euro sein. Und das bedeutet natürlich für alle, die dort an der Finanzierung beteiligt sind – das ist einmal die Gemeindeebene, dann ist es die Kreisebene und natürlich auch das Land mit dem größeren Teil – entsprechende Steigerung. Das Geld muss irgendwo herkommen und aufgebracht werden.

So, welche fünf Punkte sind es, die ich sehe, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben? Also erst mal ist, das ist hier schon genannt worden, die Form der Entgeltverhandlungen. Ich glaube, das ist grundsätzlich richtig und gut, dass das so gemacht wird, also dass man nicht einfach sagt, das und das gibt es und dann ist Schluss, sondern dass man das miteinander verhandelt. Aber wir sind hier in einem System. Und das ist der zweite Punkt. Wir haben eine unverbindliche Jugendhilfeplanung. Das heißt, also wir stellen als örtliche Träger der Jugendhilfe regelmäßig eine Jugendhilfeplanung auf. Da wird auch der Bedarf beschrieben. Aber im Grunde hat jeder, der sagt, ich möchte eine Kita aufmachen, Anspruch darauf, eine Betriebserlaubnis zu bekommen und dann auch Anspruch, in Verhandlungen zu gehen. Und wenn er in die Verhandlung geht, dann weiß er schon: Am Ende steht niemals ein Nein. Die Option steht gar nicht, sondern es werden Beiträge verhandelt. Das ist ein Teil des Problems aus meiner Sicht. Das heißt also, hier müsste man mehr Verbindlichkeit schaffen, sodass Verhandlungen auch anders dort geführt werden können. Dann ist ein zweiter Punkt natürlich die Beitragsfreiheit. Das ist ganz klar. Das hat das Anreizsystem komplett verändert. Und das, was mich vor allen Dingen stört, ist nicht, dass die Eltern beitragsfrei sind. Auch bevor das eingeführt wurde, war es so, dass nur ungefähr 20 Prozent der Kosten überhaupt durch Elternbeiträge aufgebracht wurden. Das war auch damals nur ein kleiner Teil. Also der hat, der hat natürlich zur Finanzierung beigetragen, aber den Löwenanteil haben auch vorher schon das Land und die Kommunen getragen. Aber die Anreize haben sich insofern geändert, als Eltern noch Beiträge zahlten und sie hatten nur einen Halbtagsplatz, dann haben sie natürlich weniger bezahlt. Und jetzt gibt es ja auch bestimmte Regelungen, wann ich einen Ganztagsplatz haben kann und ein Halbtagsplatz. In aller Regel streben alle nach einem Ganztagsplatz, weil ihnen eigentlich egal ist, weil sie durch den... Das mag persönlich auch gut sein. Das, was ich aber kritisiere, ist der Anreiz, wenn sich die persönlichen Verhältnisse so ändern, dass es anders möglich wäre, der ist nicht da. Und das ist natürlich auch ein Treiber im System. Ja, und dann haben wir natürlich

die allgemeine Preisentwicklung der letzten Jahre. Das brauche ich Ihnen nicht erklären. Das trifft uns in allen Bereichen im Sozial- und Jugendbereich, weil überall natürlich Personal dahintersteht und logischerweise ist durch die Inflation, die wir gesehen haben, auch die Löhne usw. angestiegen. Ja, was ist sozusagen aus meiner Sicht, was wäre hier jetzt der richtige Weg, das zu tun? Ich teile die Meinung, die von einigen Leuten schon geäußert wurde, dass die grundsätzliche Möglichkeit, Kinder in Betreuung zu geben, die grundsätzliche Möglichkeit, einen sozialen Kontakt mit anderen Kindern zu kommen, für unsere Gesellschaft wichtig ist. Wir haben auch in anderen Bereichen der Jugendhilfe hohe Kosten und da leisten die Kitas einen wichtigen Beitrag. Und deswegen würde ich plädieren für eine Modifizierung der Beitragsfreiheit. Und zwar reden wir jetzt ja immer binär von Elternbeitragsfreiheit – ja oder nein. Und ich bin eher der Meinung, wir brauchen ein System, wo wir einen gewissen Grundsockel beitragsfrei machen, sodass ich Erwerbstätigkeit und bestimmten Dingen nachgehen kann. Und wenn dort bestimmte Leistungen dazukommen, bestimmte Dinge, dass man das auch mit Beiträgen versieht.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Wille, ich möchte Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Sie sind jetzt schon weit über die Zeit.

Dietger Wille: Okay, gut, dann mache ich da einfach einen Punkt und bedanke mich und stehe auch für weitere Fragen zur Verfügung.

Vors. **Andreas Butzki**: Alles klar. Herzlichen Dank! Als letzten Anzuhörenden haben wir Herrn Steffen Bockhahn, Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport der Hansestadt Rostock. Also erst der Landkreis, jetzt die Freie Hansestadt. Bitte, Herr Bockhahn, Sie haben das Wort.

Steffen Bockhahn (Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport der Hansestadt Rostock): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Das mit „Freie Hansestadt“, das müssen wir noch üben, aber wir arbeiten daran. Vielen lieben Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Kann ja sein, ich gucke schon ein bisschen voraus.

Steffen Bockhahn: Oha, da wissen Sie mehr als ich. Aber ich bin gespannt. Sehr

geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen dieser Anhörung! Ich habe den Bericht des Landesrechnungshofs mit großem Interesse gelesen, weil ja tatsächlich bei dem Thema bekanntermaßen zwei Herzen in meiner Brust schlagen. Auf der einen Seite bin ich auch als Vater immer an höchster Qualität in Kitas interessiert, und ich will ganz deutlich sagen, dass ich von den Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt ein sehr, sehr positives Bild habe. Die Arbeit, die dort geleistet wird, ist wirklich herausragend. Und ich habe drei Kinder durch eine Kita laufen sehen, mit eigenem Personenbezug und dazu noch im Bekannten- und Freundeskreis auch welche. Ich kann nicht feststellen, dass da durchgehend dauerhafte Schädigungen entstanden sind, um es mal mit Augenzwinkern zu formulieren. Und das ist eine Sache, die ich schon deutlich in den Vordergrund rücken möchte. Ein Grund dafür ist übrigens das extrem strenge Fachkräftegebot, das es in Mecklenburg-Vorpommern gibt, das ist in anderen Bundesländern deutlich kleiner. Deswegen können in anderen Bundesländern auch andere Betreuungsschlüssel umgesetzt werden. Aber Fachkraftschlüssel ist noch ein bisschen was anderes.

Meine Damen und Herren! Es ist gefragt worden, welche Möglichkeiten denn gesehen werden – darauf möchte ich mich mal ein bisschen fokussieren – um die Kosten in dem Bereich zu dämpfen. Ich möchte Ihnen mal zwei Zahlen sagen. Das eine ist 44,2 Millionen. Das war der kommunale Anteil an den Kita-Kosten in Rostock 2022. Für 2025 rechnen wir mit 60,7 Millionen. Das sind also bummelig 16,5 Millionen mehr in nur drei Jahren bei stark sinkenden Kinderzahlen. Da ist wohl was passiert. In Rostock ist es in der Fläche nicht mehr die Angleichung an Tarife, weil die haben wir wirklich als eine der ersten Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern relativ gut und relativ schnell umgesetzt. Und auch schon vor der Entgeltfreiheit waren wir da auf einem guten Weg. Aber unmissverständlich steigen diese Kosten in einer Geschwindigkeit und in einem Maß auch für die Kommune – das waren jetzt nur die kommunalen Kosten – die man so nicht durchhalten kann. Das muss man ganz klar und deutlich sagen. Die Kommune alleine wird das nicht leisten können. Dann haben wir offenkundig die Notwendigkeit, uns darüber Gedanken zu machen, wie das finanziert werden kann. Und dann spreche ich kurz über Elternbeitragsfreiheit, die ich im Grunde sehr gut finde und die ich im Grunde auch gerne halten möchte. Aber meine Damen

und Herren! Ich bin als Wahlbeamter mit einer B4 vergütet, das heißt, pro Monat kommen bei mir knapp 7.000 Euro netto an. Das finde ich auch angemessen und gerechtfertigt. Da mache ich kein Geheimnis draus. Aber ganz ehrlich, warum habe ich denn eine kostenfreie Kita? Warum? Im Übrigen könnte ich die Elternbeiträge, die Elternbeiträge, die ich zu zahlen hätte, steuerlich geltend machen. Warum werde ich denn freigestellt von diesen Kosten der Allgemeinheit? Das kann ich überhaupt nicht erkennen, dass das richtig ist. Und deswegen glaube ich, dass es notwendig ist, dass wir uns ehrlich machen über ein bürokratiearmes, sozial gestaffeltes Beitragssystem in den Kitas. Das wird uns nicht final retten. Da sage ich, also da möchte ich gar nichts versprechen. Aber es ist nicht einzusehen, dass wir so tun, als ob das notwendig wäre, das hier komplett kostenfrei zu stellen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben wäre.

Ich möchte sagen, dass ich glaube, dass wir tatsächlich über die Prüfrechte sprechen müssen. Die Prüfrechte sind relativ klar benannt, aber sie sind nicht konkret genug ausgestaltet. Wir kommen immer wieder an den Punkt, wo Träger und Leistungsträger, also Kommunen und Leistungserbringer sich miteinander darüber streiten, wie denn die Prüfrechte nun gemeint sein könnten. Da sollte der Gesetzgeber nachschärfen und es klarer und unmissverständlicher formulieren, welche Rechte hat denn der öffentliche Träger bei der Prüfung der eingereichten Unterlagen? Welche Träger, welche Rechte hat der öffentliche Träger bei der Prüfung, bei einer Vor-Ort-Begehung? Was dürfen wir und was dürfen wir nicht? Das ist nicht ausreichend klar geregelt. Da sollten wir nachschärfen. Ich möchte deutlich dafürsprechen, weiter an prospektiven Verhandlungen festzuhalten. Ich möchte aber auch dafürsprechen, dass wir uns darüber verständigen, ob es nicht möglich wäre, dass das Land Vorgaben zur Angemessenheit macht, zum Beispiel bei den Quadratmetern, weil wir dann relativ schnell in konkrete Diskussionen vor Ort kommen. Wer beurteilt denn, wie viel jetzt wirklich angemessen ist? Ja, es gibt Hygienestandards, die werden regelmäßig als Richtwert verwendet, aber sie sind nicht definiert. Sie sind überhaupt nicht, oder wir haben in Mecklenburg-Vorpommern keine Klärung dafür, wie viele Quadratmeter pro Kind in der Krippe, im Kindergarten notwendig sind. Ich darf Sie daran erinnern: In der Schule gönnen wir uns das. Da sind es 1,9 Quadratmeter einschließlich Schränken und Inklusionshelfern.

Meine Damen und Herren! Wir sollten darüber sprechen, ob wir im Verhandlungsverfahren Risiken berücksichtigen. Ich sage: Ja! Und ich kann überhaupt nicht erkennen, dass prospektive Entgelte einer pünktlichen Auszahlung von Tarifsteigerungen im Weg stehen. Ich darf Ihnen versichern, dass bei einer normalen Verhandlung zwischen Kommune und Träger berücksichtigt wird, dass es wohl Entgeltsteigerungen geben könnte. Dieses Jahr haben wir mit durchschnittlich drei Prozent verpreislicht in den Verhandlungen für 2025. Und wenn ich das richtig sehe, haben wir da gar nicht schlecht gelegen. Das heißt, es gibt da keinen Grund, deswegen auf ein Kostenerstattungsprinzip zu gehen. Und natürlich muss dann aber auch klar sein, dass es ein Geben und Nehmen ist. Das heißt, wenn man dieses Jahr drei Prozent verhandelt hat, es wären aber nur 2,5 geworden, dann würde ich bei der Verhandlung nächstes Jahr schon darüber sprechen wollen, ob wir das dann bitte bei Anpassungen der Entgelte auch berücksichtigen können.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Bockhahn, ich möchte Sie auch bitten.

Steffen Bockhahn: Sehr gern. Einen letzten Satz möchte ich zu Schiedsstellen sagen. Ich glaube, wir sollten hier über die Zusammensetzung der Schiedsstellen noch mal sprechen. Aus meiner Sicht wäre es deutlich vorteilhafter, auch da würde man dem Ruf, glaube ich, entgegenkommen, wenn wir hier zu einer viertelparitätischen Besetzung kämen, wo Gemeinden, Landkreise, das Land und die Träger jeweils ein Viertel der Schiedsstelle besetzen. Das würde, glaube ich, die Situation deutlich verbessern. Und der Zugang zur Schiedsstelle sollte nach meiner Auffassung erst nach drei Monaten und nicht schon nach sechs Wochen möglich sein. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Ja, herzlichen Dank! So, vielen Dank an alle Sachverständigen! Wir treten nun unmittelbar in die Fragerunde ein. Ich werde dem üblichen Verfahren entsprechend eine Liste der Fragesteller – heißt ich nicht, sondern Frau Dr. Thomsen – der Fragestellerinnen und Fragesteller erstellen und die Fragen dann abwechselnd nach Opposition und Koalition aufrufen. Von der Koalition habe ich schon drei Wortmeldungen, von der Opposition eine. Herr Schult fängt an.

Abg. **Enrico Schult**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Einschätzungen! Es ist gut, dass wir uns dem Thema widmen.

Ich bin dem Landesrechnungshof auch sehr dankbar, denn ich bin nicht nur Bildungspolitiker, sondern auch Finanzpolitiker, und wenn man sich anschaut, dass die Kosten von 1,9 Prozent auf 5 Prozent im Landeshaushalt angestiegen sind, dann müssen wir darüber reden. Insofern ist es auch notwendig, dass wir tatsächlich die Ausgaben kontrollieren, uns die Ausgaben, die Kontrolle dieser Ausgaben uns genau anschauen. Und da hat der Landkreistag und der Städte- und Gemeindetag und auch Herr Wille ja deutlich gemacht und auch selbst Herr Bockhahn deutlich gemacht, dass wir quasi eine Steuerung der Inanspruchnahme ermöglichen müssen. Da ist für mich die Frage an Herrn Deiters vom Städte- und Gemeindetag, Sie sagten, es gibt derzeit keine Steuerung der Inanspruchnahme. Das ist nur über die Elternbeiträge möglich. Da würde ich Sie bitten, da vielleicht noch mal konkreter auszuführen. Diese Steuerungs- und Prüfrechte, die die Kommunen haben, das bedeutet, dass die derzeit nicht ausreichend sind. Und dann bitte noch mal diese, was Sie ja quasi zwischen den Zeilen ansprachen, dass viel zu viel abgerechnet wird und das von den Eltern gar nicht in Anspruch genommen wird. Das haben wir bei einer Anhörung hier auch schon mal gehört, auch von Vertretern eines anderen Landkreises. Da war die Rede von 15 Prozent gar. Gibt es dazu valide Daten oder ist das eine Vermutung, eine Mutmaßung? Und da würde ich auch Herrn Tünker bitten, darauf einzugehen. Kann das sein, dass tatsächlich Dinge abgerechnet werden, die so gar nicht in Anspruch genommen werden von den Eltern? Es ist ja natürlich nachvollziehbar und plausibel, dass, wenn ich als Vater sage, ich habe jetzt einen Ganztagsplatz und nehme den aber gar nicht in Anspruch, nehme nur einen Halbtagsplatz in Anspruch, dass Sie beispielsweise, die Träger ja gar kein Interesse daran haben, da mal nachzuhaken. Und da würde ich Sie bitten, dazu mal auszuführen. Gibt es dazu valide Daten und was sehen Sie, Herr Tünker, wie sehen Sie das?

Vors. **Andreas Butzki**: Ja, herzlichen Dank! Herr Deiters, Sie haben das Wort.

Thomas Deiters: Danke schön, Herr Schult, dass Sie mit Ihrer Frage mir die Möglichkeit gegeben haben, das noch mal zu konkretisieren. Es gibt natürlich Bedarfssteuermöglichkeiten im Gesetz. Es wird differenziert. Man muss im Grunde den Bedarf nachweisen, wenn man einen Ganztagsplatz braucht. Ja, aber was weggefallen ist durch die Elternbeitragsfreiheit ist diese, ist der Anreiz der Eltern, ihre konkret angemeldeten Bedarfe auf das wirklich Notwendige zu reduzieren. Nur wenn

ich dafür bezahle, gucke ich auch, dass ich dann, und Herr Wille hat es ja auch ausgeführt, dass ich dann von selbst auch den Antrag stelle, dass dann mein Platz, der vorher vielleicht, wo ich einen Bedarf hatte für einen Ganztagsplatz, dass der dann reduziert wird auf einen Teilzeitplatz, wenn plötzlich nicht mehr der Bedarf da ist. Dieser Anreiz... Der Elternbeitrag hat einen systemischen Anreiz gegeben, das ist weggefallen. Und diese Steuerungsfunktion, die haben wir zwischenzeitlich nicht ersetzt bekommen. So, und da kann man bei der Evaluation, aus unserer Sicht, muss man sich angucken, wie die Inanspruchnahme der Kindertagesstättenplätze, wie die sich verändert hat, zum Beispiel auch im Bereich der Inanspruchnahme von Ganztagsplätzen. Wir werden es nicht schaffen, durch bürokratische Verfahren, die dann in die persönlichen Lebensverhältnisse, sich die ansehen müssen, von den Eltern und den Familien im Grunde nachzuhalten, wenn sich zum Beispiel die Erwerbstätigkeit geändert hat, wenn wir keinen Anreiz haben, dass die Eltern von sich aus entsprechende Änderungen auch anzeigen. Und da laufen wir sozusagen immer hinterher. Wenn wir moderate Elternbeiträge hätten, so der Gedanke, dann würden auch Eltern rechtzeitig sagen: Halt, stopp, ich kann meinen Bedarf, mein Betreuungsbedarf auch entsprechend reduzieren. Das ist der Punkt. Das ist weggefallen. Und insofern können wir diese Steuerungsanreize, können wir die nur wieder hinbekommen, wenn wir tatsächlich auch über das Tabuthema Elternbeiträge, moderate Elternbeiträge wieder nachdenken, so die Auffassung von vielen Städten und Gemeinden. Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Tünker hatte den zweiten Teil der Frage.

Bernd Tünker: Also Steuerung der Inanspruchnahme, Eltern Fragezeichen. Valide Daten dazu sind mir nicht bekannt. Ist auch ein bisschen schwierig. Und in der Praxis erfolgt das so, dass Eltern einen entsprechenden Antrag stellen auf zeitliche Betreuung und die Einrichtungen dann gehalten sind, nach den jeweiligen Bescheinigungen, die ihnen vorgelegt werden, das dann auch zu akzeptieren. Also klassisches Beispiel ist die Arbeitgeberbescheinigung, wenn der Arbeitgeber eben der Kita bestätigt, dass eben ein Ganztagsplatz oder eben – Entschuldigung – eine Vollzeitbeschäftigung vorliegt, dann ist das die Grundlage für die Einrichtungen zu sagen: Okay, das haben wir jetzt zur Kenntnis zu nehmen und hinzunehmen und dann entsprechend unsere Plätze darauf einzurichten. Also valide Daten dazu, ob und

inwieweit da, wie soll ich sagen, bei der Antragstellung und bei der Ausweisung dieser Inanspruchnahme durch Dritte – nicht durch uns, sondern durch Dritte – dann auch korrekt verfahren wird, gibt es nicht. Also haben wir nicht.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Schult, eine kurze Nachfrage? Ansonsten nachher in der zweiten Fragerunde.

Abg. **Enrico Schult**: Ja, gerne. Danke schön, Herr Vorsitzender! Eine kurze Nachfrage: Gibt es denn Statistiken, die aussagen, dass mehr Vollzeitplätze in Anspruch genommen werden, jetzt als damals? Weil jetzt würde das ja für mich bedeuten, ich habe einen Vollzeitplatz, ist mir eigentlich egal, weil das zahlt ja das Land, die Kommune und der Landkreis. Gab es damals mehr Teilzeitplätze?

Vors. **Andreas Butzki**: Also ich glaube, das könnte eher Frau Dr. Gelke oder Herr Deiters sagen. Frau Dr. Gelke.

Dr. Judith Gelke: Ja, das ist tatsächlich so. Also der Anteil der Halbtagsplätze ist verschwindend gering. Das ist zum Teil in einem ganzen Landkreis nur noch eine Handvoll. Also in so einem riesen Kreis wie der Mecklenburgischen Seenplatte gibt es derzeit, glaube ich, fünf oder sechs Halbtagsplätze noch. Der Anteil der Teilzeitplätze ist auch rückläufig im Vergleich zu den Ganztagsplätzen. Also diese Entwicklung ist tatsächlich da. Die Frage ist, ob man das zwingend als was Negatives bewerten will. Wir haben sehr viele sozial fragile Familien in Mecklenburg-Vorpommern und Jugendämter geben, erteilen manchmal auch Berechtigungen für Ganztagsplätze, wo Eltern gar nicht berufstätig sind oder nicht in dem Umfang, einfach weil sie das als eine sozialpolitische Maßnahme tun und als eine Maßnahme der Kinder und Jugendhilfe. Insofern: Ja, dieser statistische Zusammenhang ist tatsächlich da. Aber ich wäre vorsichtig, den zwingend als einen Fehlläufer zu betrachten. Da muss man genau hingucken. Wenn ich darf, würde ich gerne die Frage von Herrn Schulz noch mal aufgreifen. Sie haben nach diesen 15 Prozent gefragt. Die hat der Landkreis Ludwigslust-Parchim für sich intern erhoben und der Landrat ist der Auffassung, dass er das sozusagen als Einsparpotenzial in seinem Landkreis sieht. Ein Aspekt, der dabei nicht den einzigen, aber eine wichtige Rolle spielt, ist das Thema Hort in den Klassenstufen 3 und 4. Da haben wir die Berufstätigkeit der Eltern ganz oft

nachgewiesen. Die Kids haben Anspruch auf ihren Ganztagsplatz, aber weil sie schon so groß sind und immer selbstständiger werden, nehmen sie das häufig nicht mehr in dem Zeitumfang in Anspruch, kommen weniger, kommen kürzer, kommen auch tageweise gar nicht mehr. Da sehe ich tatsächlich eine Reserve, die es sich lohnen würde, mal anzugucken.

Vors. **Andreas Butzki**: Gut, als nächstes Frau Pfeifer, bitte.

Abg. **Mandy Pfeifer**: Ja, vielen Dank auch im Namen meiner Fraktion an alle Expertinnen und Experten! Meinen ersten Fragenkomplex würde ich auch gern an Frau Dr. Gelke und Herrn Deiters richten. Wir reden hier ganz viel über Bedarfe mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frau Dr. Gelke, Sie haben ausgeführt, mittlerweile schauen wir auf 1 Milliarde Steuergelder, die in dieses System fließen. Und mich würde interessieren, insbesondere auch, weil ich auch mit Grundschulleitungen spreche: Wie wird eigentlich qualitativ nachgehalten, was in unseren Kitas passiert? Wir sind jetzt hier angehalten, Lösungen zu finden für die finanziellen Herausforderungen, vor denen Kommunen stehen, und auch das Land – unbestritten. Aber dazu brauchen wir ja ein Gefühl dafür, was passiert qualitativ in den Kitas? Und ich habe den Eindruck gewonnen, das will ich hier ganz deutlich sagen, als es jetzt, nach der letzten KiföG-Novelle um die Ausgestaltung der sozialräumlichen Gegebenheiten geht, dass mich örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit großen Augen angucken und sagen: Was dann noch? Die Entwicklung, die wir aber in den Schulen sehen, ist eine andere. Deswegen ist das eines meiner Fragepunkte.

Ich bin dankbar, Frau Dr. Gelke, dass Sie das noch mal so eingeordnet haben, weil Kitas eben nicht nur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch Bildung, und das bedeutet auch nicht nur Angebote von Fachkräften, sondern auch soziale Bildung der Kinder untereinander im freien Spiel, was ja in aller Regel deutlich am Nachmittag stattfindet. Wie bewerten Sie denn das?

Und der Dritte... Ich weiß, Entschuldigung, Herr Ausschussvorsitzender. Herr Wille hat angesprochen die nicht verbindliche Jugendhilfeplanung. Das wundert mich ein bisschen, weil Bedarfe müssen ja an allen Stellen, wo wir öffentliches Geld reinstecken, sozusagen erklärt und bewiesen werden. Ich meine für Schulen sogar

über 30 Jahre oder so. Wer hätte das denn bisher verbindlich machen müssen, dass so ein Auswuchs nicht passiert? Dass jemand sagt, ich baue eine Kita und dafür kriege ich auch noch Fördermittel und rechne Personal ab. Aber der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe wird mir hier auch immer gesagt, wenn ich solche Fragen stelle, legt die Bedarfe fest und ist auch für die qualitative Ausgestaltung zuständig.

Vors. **Andreas Butzki**: So, die erste Frage geht an Frau Dr. Gelke und Herrn Deiters und die zweite, glaube ich, an Herrn Wille und Herrn Bockhahn. Also wer möchte anfangen? Frau Dr. Gelke?

Dr. **Judith Gelke**: Okay. Also, Frau Pfeifer, wenn ich Sie richtig verstehe, fragen Sie nach Qualitätsmonitoring. Was wissen wir eigentlich darüber, was an Qualität in den Einrichtungen passiert? Wir haben über unsere Fach- und Praxisberater und -beraterinnen einen sehr direkten und konkreten und regelmäßigen Einblick in die Einrichtungen vor Ort. Diese werden regelmäßig aufgesucht. Es erfolgt dort fachliche Beratung. Das gilt ebenso für die Kindertagespflege. Wir wissen außerdem über die meistens jährlich oder zweijährlich stattfindenden Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltverhandlungen sehr genau Bescheid, welche pädagogischen Konzepte eine Einrichtung anwendet, was sie an zusätzlichen Angeboten für die Kinder bereithält und ob es dort auch Veränderungen gibt. Insofern glaube ich, dass sich die örtlichen Träger da ein ziemlich gutes Bild machen können, was vor Ort an Qualität passiert und welche pädagogische Vielfalt wir haben, welche Konzepte umgesetzt werden. Sie haben auch gefragt nach sozialräumlichen Gegebenheiten, ob wir diese in ausreichendem Maße berücksichtigen. Jetzt kommt es darauf an, mit welchem Blick Sie darauf schauen. Wenn ich mit einem reinen finanzpolitischen Blick drauf sehe und mir angucke, wie viel Geld wir bereits in dieses System reinpumpen, dann kann ich schnell zu der Erkenntnis kommen, dass es so unfassbar viel ist. Es muss doch irgendwo mal reichen. Es ist ein Fass ohne Boden. Wenn wir uns noch mal vergegenwärtigen, dass die Kindertagesförderung auch unser erstes Präventionssystem ist, wenn wir mal von frühen Hilfen, Schwangerschaftsberatung etc. mal absehen. Das erste Präventionssystem, in das jedes Kind Zugang hat und dann auf den Kinder- und Jugendbericht blicken, den die Bundesregierung im letzten Jahr veröffentlicht hat, und noch mal ein klares Votum für präventive Angebote dort macht, dann kann man im Grunde sagen, man kann gar nicht genug Geld da

reinstecken. Jeden Euro, den wir in der Kindertagesförderung für Qualität ausgeben, sparen wir nachher drei- und vierfach in den Sozialsystemen, in Schule, in Hilfesystemen, die nachgelagert sind. Das hängt also jetzt ganz stark vom Blickwinkel aus, den Sie da anlegen. Wenn Sie mit Fachkräften sprechen, die sagen Ihnen welche, die lange im Geschäft sind, die Herausforderungen haben zugenommen. Die Gruppen werden diverser. Wir haben ganz viele Kids mit Migrationshintergrund. Wir haben eine Zunahme von förderbedürftigen Kindern, die irgendeine Form von Entwicklungs- und Lerndefizit mitbringen. Das sind alles Herausforderungen, denen die Erzieher und Erzieherinnen im Alltag irgendetwas entgegensetzen müssen. Und ja, das kann durchaus auch mal mehr Geld kosten und das kann mehr Personal erforderlich machen. Das ist also eine Frage des Blickwinkels.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Deiters, bitte.

Thomas Deiters: Vielleicht nur noch kurz ergänzend. Auch das wäre aus unserer Sicht auch ein wichtiger Punkt, den man in der Evaluation sich mal ansehen müsste. Der Gesetzgeber hat ja die Bildungskonzeption in der Kita nicht umsonst festgeschrieben, sondern wollte auch damit erreichen, dass man möglichst am Ende des Kindergartens auch mit der vorschulischen Bildung auch einen Standard hat, wo man dann im Grundschulalter auch entsprechend mit aufbauen kann. Und wir haben auch, natürlich pandemiebedingt ist das eine Zeit lang ausgefallen, wir haben auch in den Gesundheitsämtern Daten über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung, die man sich zum Beispiel mal angucken könnte. Das gehört aus unserer Sicht sicherlich da dazu.

Zu der Frage Kitaplanung, Verbindlichkeit: Ich persönlich hätte auch die Rechtsauffassung vertreten – ich weiß, das vertritt auch das Ministerium – dass man im Grunde nur einen, dass man vielleicht eine Betriebserlaubnis bekommt für seine Kita, weil die letztendlich prüft, ob das Kindeswohl gefährdet ist in der Kita, aber dass man nur einen Anspruch hat auf eine Entgeltvereinbarung und auf eine Leistungsvereinbarung, wenn vorher in der Kindertagesstättenbedarfsplanung des Landkreises oder der kreisfreien Stadt der Bedarf tatsächlich festgestellt worden ist. Das ist dann die Grenze. Das ist die eine Auffassung. Aber da kann Frau Dr. Gelke sicherlich ein bisschen mehr dazu sagen. Es gibt auch Rechtsprechung hier bei uns

im Land, die das anders sieht. Und wenn die Rechtsprechung das anders sieht, dann ist natürlich, trifft die Entscheidung am Ende der Gesetzgeber. Was wir tatsächlich brauchen, ist da eine verbindliche Kindertagesstättenbedarfsplanung, die letztendlich die Basis dafür ist, dass man auch Entgelt- und Leistungsvereinbarungen entsprechend schließen kann. Ob man damit aber tatsächlich die großen Einsparungen hinbekommt, ist, ist fraglich. Wir haben jetzt häufiger das Wort schon mal gehört von der demografischen Rendite durch geringere Kinderzahlen. Ich persönlich glaube, dass wir keinen proportionalen Rückgang der Kosten der Kindertagesbetreuung mit dem Rückgang der Kinderzahlen bekommen. Das liegt schlicht daran, dass die Kosten, die in den Einrichtungen entstehen, dass die nicht pro Kind anfallen, sondern pro Gruppe. Wenn jetzt plötzlich zwei, drei Kinder weniger in der Gruppe da sind, und ich habe zum Beispiel eine kleine Einrichtung auf dem Land, dann wird plötzlich die Erzieherin nicht dann zwei Stunden am Tag weniger da vorbeikommen können, sondern dann habe ich die gleichen Kosten, die sich nur auf weniger Kinder verteilen. Das heißt, ich habe kein proportionales System. Es wird Entlastung geben in größeren Bereichen, wo ich auch mehrere Kitas habe. Ja, das ist richtig. Aber wir haben nicht die Wahnsinns-Kosteneinsparungen. Was wir vielmehr vor der Tür haben, muss man hier vielleicht auch sagen, wir haben jetzt die Tarifvertragsverhandlungen im TVöD gehabt. Wir haben, im Herbst stehen noch die Tarifvertragsverhandlungen im SuE-Bereich an, wo es genau um das pädagogische Personal in den Kindertageseinrichtungen geht. Und das ist richtig, dass wir vernünftige Arbeit auch vernünftig bezahlen. Aber wir müssen uns ehrlich machen und sagen, das wird Landeshaushalt und kommunale Haushalte zusätzlich belasten, wenn wir nicht an anderer Stelle – jetzt komme ich wieder zu dem Punkt – auch darüber nachdenken, Tabus aufheben, zu sagen: Gibt es nicht noch andere Finanzierungsquellen, die dann dazu beitragen können, dass wir auch auf Dauer ein gutes und verlässliches Kindertagesbetreuungssystem hier in Mecklenburg-Vorpommern haben werden? Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: Kleine Bitte noch, auch an die Anzuhörenden. Ein bisschen knapp – Sie haben den Satz, ganz kurz nur wollten Sie dazu ausführen... Okay. Aber der zweite Teil der Frage war ja an Herrn Wille und Herrn Bockhahn gerichtet. Möchte noch einer ergänzen? Dann Herr Bockhahn, bitte.

Steffen Bockhahn: Vielen Dank! Tatsächlich kann ich Ihnen sagen, habe ich vor zweieinhalb Jahren gerade einmal in Reinform durch. Ein Träger errichtet eine Kindertageseinrichtung, lässt die bauen, schließt einen Mietvertrag ab. Ich muss prüfen, ob die Investitionskosten im externen Vergleich angemessen sind oder nicht. Das muss ich prüfen. Und wenn sie im externen Vergleich für akzeptabel zu gelten haben, dann steht einer Entgeltverhandlung nichts im Weg, wenn eine ordentliche Leistung beschrieben ist, wenn eine Konzeption vorgelegt worden ist. Das ist ja für Träger jetzt keine Raketenphysik, das machen die beruflich. Und die Betriebserlaubnis ist zu erteilen, wenn dem Kindeswohl entsprochen wird. Und dann gibt es am Ende des Tages einfach den Vertragszwang. Ich habe den Vertrag zu schließen, da komme ich gar nicht raus aus der Nummer. Und die Kitabedarfsplanung bricht das nicht, weil die Kitabedarfsplanung nicht über den Regelungen des SGB X steht. Und da, glaube ich, gibt es eine Schwierigkeit. Und ich kann das Ding aber auch noch umdrehen und Ihnen sagen, wir sollen Kitas nur dann aufrechterhalten, wenn sie wirtschaftlich zu betreiben sind. Wir haben jetzt Einrichtungen, die sind aufgrund des Geburteneinbruchs mit einer Auslastung von nur noch um die 50 Prozent in der Stadt. Ich kann ausschließen, dass das wirtschaftlich ist. Aber ich habe de facto keine Handhabe den Laden zuzumachen. Und das im Übrigen führt auch zu einer ganz großen Ungerechtigkeit, weil ich nämlich Kinder habe, die haben eine halbe Kita zum Austoben, was übrigens mitbezahlt wird, und andere, die haben den üblicherweise vorgesehenen Platz. Ich kann übrigens auch sagen, durch mehr Platz entsteht nicht zwingend eine bessere Pädagogik. Also es ist auch eine falsche Annahme, weil auch das müsste man füllen. Und ansonsten verweise ich auf das, was Thomas Deiters gerade gesagt hat, die Kostenstruktur, das muss man sich immer und immer wieder vergegenwärtigen: Der einzelne Platz ist überhaupt nicht relevant für die Kostenstruktur, sondern die Gruppenstrukturen sind entscheidend und die Betriebskosten sind entscheidend. Wenn Sie das Gebäude da haben, dann muss das Gebäude betrieben werden. Und dann ist erst mal relativ egal, ob da 80 oder 120 Kinder drin sind. Das Gebäude ist zu unterhalten und das kostet nun mal. Und ja, die Personalkosten machen nach wie vor deutlich über 80 Prozent der Gesamtkosten aus. Aber noch mal, da zählt dann am Ende vor allen Dingen die Gruppenstruktur, die man hat und deswegen gibt es da nicht pro Kind in der Einrichtung eine Veränderung. Und auch das wiederum zählt dann ein auf die Frage: Wie viele Kitas brauche ich, um das Ganze halbwegs wirtschaftlich und mit guter Qualität zu betreiben?

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Frau Wegner ist dran.

Abg. **Jutta Wegner**: Vielen Dank fürs Wort, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch an Ihre Stellungnahmen heute hier! Vielen Dank auch an den Hof für den Bericht, der, glaube ich, sehr deutlich gemacht hat, dass es ein erhebliches Kostenproblem gibt, über das wir reden müssen. Ich habe in der Stellungnahme hier heute von Frau Dr. Gelke und in dem, was Frau Skott darauf erwidert hat, einen kleinen Konflikt gehört, den ich eigentlich so tatsächlich gar nicht sehe, jedenfalls auch nicht in dem, was Sie gesagt haben. Sondern ich habe, ich will das mal auf eine Metaebene heben, und das habe ich auch im Hofbericht gelesen, wir müssen uns Gedanken darüber machen, was wir wollen. Wollen wir eine Kita, in der verwahrt wird oder wollen wir einen Anspruch haben? Wollen wir ein Angebot haben, dass das Kind in den Mittelpunkt stellt? Und Herr Rebschläger hat ja sehr anschaulich geschildert, was zum Teil eben gerade nicht passiert. Und was ich aber bei Ihnen nicht gehört habe, Frau Dr. Gelke, ist, was Sie mit Ihrem letzten Satz gesagt haben: Wir müssen mal über das Grundprinzip reden, wie wir denn das, was wir alle eigentlich wollen, eine gute Betreuung in den Kitas, die auf der einen Seite den Bedürfnissen der Familien gerecht werden, wird, Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Und es ist anders als noch vor 20 Jahren eben nicht damit getan, viele Betreuungsplätze zu haben, sondern die Qualität muss auch dahinterstehen. Wir wissen alle, dass der Betreuungsschlüssel schlecht ist. Ich habe den Landkreistag bislang nicht als Revoluzzer erlebt, aber das, was ich bei Ihnen gehört habe in Ihrer Stellungnahme, war so ein kleines bisschen eine Systemfrage: Wo ist Ihre Lösung?

Und ich würde eine zweite Frage an alle, die darauf antworten mögen, anschließen. Das ist die Frage... Jetzt muss ich hier eben noch mal gucken, was ich mir in den Anhörungen aufgeschrieben habe. Wir haben eine hohe Betreuungsquote. Das ist eine relativ hohe Logik, dass eine höhere Betreuungsquote natürlich mehr Kosten verursacht, weil es sind ja mehr Menschen, die aus dem System etwas herausnehmen. Wir brauchen diese hohe Betreuungsquote, weil wir jeden Einzelnen, jedes einzelne Elternteil brauchen als Arbeits- und als Fachkraft. Auch das wissen wir. Wo ist aus Ihrer Sicht dann die Lösung, die wir finden müssen, um die Qualität zu leisten? Weil wir brauchen, auch das hat Herr Rebschläger in seiner Stellungnahme gesagt, wir brauchen diese Kinder tatsächlich ja auch gut versorgt als Menschen, die in unserer

Gesellschaft dann später, wenn sie groß sind, wenn sie in die Schule gehen, vernünftig funktionieren müssen – und funktionieren bitte ich jetzt nicht als rein technischen Begriff zu verstehen, sondern sie müssen Teil unserer Gesellschaft sein, in der sie eine Aufgabe wahrnehmen werden, und die ist nicht nur Arbeitstier zu sein. Wo ist die Lösung dann, die Sie sehen? Ist, glaube ich, ein Anschluss an die Frage, die Frau Dr. Gelke auch gestellt hat.

Vors. **Andreas Butzki**: Das war jetzt mehr oder weniger ein großes Statement. Aber ich denke, Frau Dr. Gelke kann darauf reagieren. Und dann für den zweiten Teil, gerade an die Anzuhörenden, die jetzt ein bisschen weniger zu Wort gekommen sind, da vielleicht... Frau Skott hatet sich dann schon gemeldet.

Dr. Judith Gelke: Vielen Dank für Ihre Bemerkung, Frau Wegner! Ich habe tatsächlich kein Plädoyer dafür gehalten, die Kirschen von der Torte zu nehmen. Ich finde, wir brauchen diese Torte – und dazu stehen wir auch. Sie fragen nach der Systemfrage. Ich habe mir sagen lassen, dass unter Topjuristen im Bundesgebiet das ein Paradigmenstreit ist, ob wir jetzt Prospektivität fahren sollten, ob das Entgeltsystem das bessere ist oder ob wir in einem System von Ist-Kostenabrechnungen oder gar pauschalierten Budgetsystemen uns bewegen sollten. Darüber schwelt seit Jahrzehnten ein Streit. Jetzt haben wir das SGB VIII, was wir haben, seit ein paar Jahrzehnten. Da schlug die Waage ein bisschen mehr in Richtung der Prospektivität aus. Herr Deiters hat vorhin gesagt, er wäre ein Fan davon, das beizubehalten. Ich glaube, dass man sich mittelfristig, wenn man definiert hat, was man an Qualität unbedingt will, wohinter man nicht zurücktreten möchte, dass man sich dann die Systemfrage noch mal stellen muss. Das wird nicht in einer fünften KiföG-Novelle gelingen, die hier im September Ihnen vorliegen soll. Aber wenn man da noch mal einen großen Wurf ins Auge fassen mag, dann würde ich sagen, auch die Prospektivität – das hat auch der Landesrechnungshof konstatiert und im Übrigen auch das Brüning-Gutachten – es ist nicht unantastbar. Wir können das machen, wir müssen das aber nicht machen. Ich glaube, die bisschen explosive Kostensituation in Mecklenburg-Vorpommern ist entstanden, weil wir Prospektivität gleichzeitig mit Elternbeitragsbefreiung machen. Keines dieser beiden Dinge ist an sich schlecht oder verwerflich oder ein politischer Fehler, aber wenn man das miteinander kombiniert, hat es eben gewisse Auswüchse und das macht etwas mit Anreizstrukturen im System.

Darauf wollte ich den Blick noch mal lenken. Und ich will auch sagen, obwohl sich viele wünschen, man möge das System endlich mal in Ruhe lassen und auch den Landesrahmenvertrag nun endlich erst mal wirken lassen und beobachten, was dann passiert. Wir sind offen auch für eine Systemdebatte. Wir sagen ganz klar: Die kann man nicht bis September führen. Aber wir sind offen dafür, darüber zu sprechen, ob es vielleicht einen Weg außerhalb von Prospektivität gibt. Und zur Wahrheit gehört auch und das hat, glaube ich, Herr Tünker in seinem Statement angesprochen, wir waren da schon mal auf einer anderen Seite und es gab gute Gründe 2004 davon abzuweichen, dass KitaG abzuschaffen und in die Prospektivität zu gehen. Das ist wahnsinnig komplex. Ich will nur sagen, alles, was wir tut, wirkt zusammen und reagiert zusammen. Und wir haben jetzt eine Situation geschaffen, die uns kostenmäßig ist überfordert. Und es gibt Möglichkeiten, Dinge zu ändern. Und ich rede nicht davon, die Kirschen von der Torte zu nehmen.

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Frau Skott.

Michaela Skott: Frau Wegner, ich möchte mal die Frage beantworten zu der, die Sie ja gestellt haben im Prinzip, nämlich: Wir müssen uns die Frage stellen, was wir wollen. Da gibt es eine ganz einfache Antwort drauf. Und das ist auch gar keine Frage des Wollens, sondern das ist gesetzlich geregelt, was Sie wollen. Und zwar steht das im Sozialgesetzbuch und da steht nicht drin, wir betreuen die Kinder. Sondern da steht drin in § 22 Grundsätze der Förderung: Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen – und damit haben Sie eine gesetzliche Verpflichtung, das sicherzustellen. Und dann steht nicht an erster Stelle „sollen die Betreuung sicherstellen, damit die Eltern arbeiten gehen können“, sondern an erster Stelle steht „die Entwicklung des Kindes zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern“. Das ist der erste Punkt! Und tatsächlich geht es dann im zweiten Punkt um Erziehung und Bildung, also Erziehung und Bildung der Familien zu unterstützen und ergänzen. Und erst im dritten Punkt geht es dabei, „Eltern zu ermöglichen, ihrer Erwerbsfähigkeit nachzukommen“. Und zur Frage Kausalität und Korrelation hätte ich mal eine Anmerkung, Herr Schult, an dieser Stelle. Ja, wenn die Ganztagsplätze tatsächlich zugenommen haben, dann ist das aus Sicht der GEW so oder so begrüßenswert, weil es gute Gründe dafür gibt, dass jedes Kind den Zugang hat zu einem Ganztagsplatz. Aber die Tatsache allein, dass die

Ganztagsplätze zugenommen haben, lässt sich nicht darauf zurückführen, dass die Steuerungsfähigkeit, die vermeintliche Steuerungsfähigkeit der Elternbeiträge, jetzt weggefallen ist. Erstens gibt es dafür keinen Beleg, auch nicht im Sonderbericht. Es gibt dazu keine Zahlen. Und die Elternbeiträge, die Elternbeitragsfreiheit, die 2018 beschlossen wurde und dann eingeführt wurde zu 2020, die war zu dem Zeitpunkt ja in Teilen schon vorhanden. Es gab nur noch einen Teil bis zur kompletten Elternbeitragsfreiheit. Das heißt, die Eltern haben für Geschwisterkinder schon gar keinen Beitrag mehr bezahlt. Die Eltern haben für den Hort und für die Kita nur noch 100 Euro bezahlt und die Krippe war am teuersten. Und wenn wir uns im Ländervergleich das angucken und das macht der Landesrechnungshof in seinem Sonderbericht dankenswerterweise, dann sehen wir die Pro-Kopf-Ausgaben sind ähnlich, nicht nur wie in den Flächenländern Ost, sondern auch wie in den vergleichbaren Flächenländern West. Allerdings gelingt es dort besser, die Betreuungs- und Bildungsqualität sicherzustellen – in den Flächenländern West. Und dann habe ich gedacht: Na klar, das wird wohl am Elternbeitrag liegen. Das stimmt aber gar nicht, weil diese Flächenländer West haben alle auch einen Deckel und eine teilweise elternbeitragsfreie Kita. Das heißt, die machen etwas anders und machen offensichtlich etwas besser. Und uns ist daran gelegen natürlich, dass wir einerseits die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sichern und auch entsprechende Entgelte sichern. Und da ist es eben nicht so, dass die Prospektivität das immer gut ermöglicht. Es gibt Landkreise, die machen das gut oder auch Hansestädte ohne „Freie“. Es gibt aber auch Landkreise, die machen das nicht so gut. Und auch darauf gibt der Sonderbericht eine Antwort, nämlich in der Anzahl der Mitarbeitenden, die dafür zuständig sind, diese Entgeltverhandlungen zu machen. Wenn man sich das nämlich anguckt, dann sieht man, dass die Qualität der Entgeltverhandlung quer durch das Land sehr verschieden ist. Und das ist auch das, was wir als Gewerkschaft im Rahmen der Entgeltverhandlung, und ich denke, da wird ver.di nicken, auch erleben. Die Qualität ist sehr verschieden. Es wird teilweise durch die Entgeltverhandler, durch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe eingegriffen in die Tarifhoheit. Es werden Vereinbarungen nicht umgesetzt, es werden später Vereinbarungen umgesetzt, es wurden Leistungen nicht gezahlt aus Prämien. Und so weiter und so fort. Das heißt, das ist eine Individualdarstellung, die bitte ich nicht als Gesamtdarstellung zu verstehen, die für das Land repräsentativ ist. Das ist nämlich nicht der Fall. Aber zuvorderst, und da möchte ich unterstützen, was Heiner Rebschläger gesagt hat,

zuvorderst geht es um das Kindeswohl und bei einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 6 Fachkraft-Kind-Relation in der Krippe, ist dieses Kindeswohl gefährdet. Da brauchen wir auch... Das ist auch belegt. Das kann man so sagen. Und wenn Sie sich vorstellen, dass Sie in einer Person mit sechs Kleinkindern von null bis drei Jahren alleine sicherstellen sollten, gleichzeitig zu essen, zu füttern, zu wickeln, zu fördern, ein Buch vorzulesen und darauf aufzupassen, dass ein Kind nicht vom Wickeltisch fällt, dann herzlichen Glückwunsch. Ich war froh, dass ich das bei zwei Kindern gleichzeitig geschafft habe. Und das waren meine eigenen, das kommt noch dazu. Also diese Kind-Orientiertheit fehlt uns in der gesamten Betrachtung. Da wollte ich noch mal ein bisschen dafür werben.

Vors. **Andreas Butzki**: Ich habe eine große Bitte: Ich habe noch eine große, lange Rednerliste, die ich gerne abarbeiten möchte, dass wir uns bitte als Fragesteller ein bisschen kürzer fassen, aber auch bitte die Anzuhörenden, sonst kriegen wir das auch mit der Maximalzeit nicht hin. Herr Wölm, Sie haben bitte das Wort.

Christian Wölm: Also zunächst mal hat Frau Skott ganz vieles richtig gesagt, dem unbedingt zuzustimmen ist. Ich will das nur ganz kurz noch mal ergänzen und auch noch mal ein Beispiel bringen, weil jetzt noch mal die Prospektivität ins Spiel gebracht wurde. Es ist hier gesagt worden: Na ja, wenn man nur 2,5 Prozent für dieses Jahr verhandelt hätte, dann packt man die 0,5, die fehlen jetzt, für diesen TVöD-Abschluss nächstes Jahr drauf. Das kann man so machen. Aber Frau Skott hat es eben schon angesprochen, im ländlichen Bereich ist es tatsächlich so, wo wir ganz viel mit freien Trägern unterwegs sind, die oftmals eben gemeinnützig sind, die haben keine großen Rücklagen, um diese 0,5 in dieser Zwischenzeit eben mal dann bis zur nächsten Entgeltverhandlung zu stemmen. Das ist die eine Wahrheit. Und die andere ist, dass auch alle Anwesenden das einmal gehört haben tatsächlich, da möchte ich das einmal richtigstellen: Im Herbst wird der Tarifvertrag der Länder verhandelt. Da geht es um die Beschäftigten der Universitätskliniken, der Ministerien, der Landesbehörden, des Landtages, der Fraktionsmitarbeiter, sofern sich ihre Arbeitsverträge auf den TV-L beziehen und der Abschnitt 24 der Entgeltordnung im TVöD, also der SuE, der hier angesprochen wurde sozusagen, der ist erst 26, Anfang 27 dran. Also da ist tatsächlich noch ein bisschen Zeit. Nicht, dass hier ein falscher Zungenschlag, im Sinne von welche Kosten kommen demnächst womöglich noch mal kurzfristig auf uns zu, hier

reinkommt.

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Als nächster auf der RednerInnen-Liste ist Frau Rösler.

Abg. **Jeannine Rösler**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich will vielleicht eingangs eine Lanze brechen für unsere Einrichtungen, für die wirklich hochengagierte Arbeit dort. Alle Einrichtungen, die ich kennenlernen durfte, ob in der Stadt oder auch auf dem Land, die kümmern sich wirklich liebevoll um die Kleinen. Und ich meine, dass allein, allein der Personalschlüssel keine bessere Betreuung oder Förderung garantiert. Das sehe ich ganz wie Steffen Bockhahn. Mein Enkelkind zum Beispiel wechselte die Kita aus einem Bundesland mit einem besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel oder Personalschlüssel und gleichzeitiger Beitragsfreiheit zu uns hier nach Mecklenburg-Vorpommern, und die Förderung, die ihr zuteil wird, ist definitiv nicht schlechter. Das kann ich, glaube ich, einschätzen.

Ich habe eine Frage oder bzw. einen Fragekomplex an Herrn Wille. Sie sagen, im jetzigen System würde, also in der Stellungnahme, in Ihrer schriftlichen Stellungnahme sagen Sie, im jetzigen System würde mehr Controllingaufwand nicht zu besseren Ergebnissen führen. Und Sie plädieren, dass das System einfacher und klarer werden muss. Sprechen sich dann aber dafür aus, das Elternbeitragsmodell zu verändern, und zwar dahingehend, mit diesem kostenfreien Sockel für diese Mindeststandards und alles, was zusätzlich kommt, auch über Elternbeiträge dann zu finanzieren. Also solche zusätzlichen Leistungen für besondere Angebote, längere Betreuungszeiten nehme ich mal an, meinen Sie damit usw. Meine Frage ist, zieht diese Differenzierung nicht doch möglicherweise einen sehr hohen Verwaltungsaufwand nach sich? Und Eltern, meinen Sie, müssen Anreize haben, sich kostendämpfend zu beteiligen. Das ist hier ja auch in anderen Stellungnahmen so zum Ausdruck gekommen. Das läuft dann also übers Geld. Sehen Sie da nicht die Gefahr, dass es dann auch zu einer Zweiklassenbetreuung kommt? Dass Kinder, deren Eltern es sich leisten können, dann auch besondere Angebote in Anspruch nehmen können? Und ich sehe auch durchaus die Benachteiligung von Eltern, die pendeln müssen. Das betrifft auch unseren Landkreis, also den Landkreis Vorpommern-Greifswald mit sehr großen Entfernungen, gerade für Eltern, die dann erwerbstätig sind und nicht vor der Haustür, sondern auch

wirklich sehr weite Strecken zu absolvieren haben. Also ich sehe darin eine Benachteiligung, insbesondere auch von Eltern oder würde dann eine Benachteiligung sehen für Eltern im ländlichen Raum, die es auch nicht so dicke haben, sondern mit einem ganz normalen Durchschnittseinkommen.

Vors. **Andreas Butzki**: Die Frage war ganz konkret an Herrn Wille gerichtet. Sie haben das Wort.

Dietger Wille: Das sind eine ganze Menge Fragen. Ich fange dann mit dem Controlling an. Also hinter der Idee, wenn man mehr Controlling machen würde, und dann würde es deutlich günstiger werden, steckt ja die Vermutung, dass die Beteiligten im System sich gegenseitig die Taschen vollhauen und man muss dann nur ausreichend kontrollieren und dann wird das alles besser. Und da haben wir jetzt prinzipiell ein Grundvertrauen in die Träger der Einrichtungen, dass die da uns nicht dem Grunde nach über den Tisch ziehen wollen. Aber natürlich gibt es Aspekte, die angereizt – also das, was wir vorhin hatten mit diesen Ganztagsplätzen und inwieweit fragen, inwieweit sind die Eltern selbst daran interessiert, das, was sie dort in Anspruch nehmen, auch wirklich nur auf das Maß zu begrenzen, was sie auch benötigen? Und diesen Anreiz, den gibt es eben derzeit so nicht. Wenn einmal diese Bescheinigung vorgelegt wurde, dass der Platz in Anspruch genommen wird, dann wird das ja nicht monatlich noch mal kritisch hinterfragt oder so, sondern das ist dann so, solange die Eltern nicht von sich aus sagen, das ist jetzt anders oder so. Und deswegen glaube ich, das muss gar nicht viel sein, aber ein kleiner Anreiz finanzieller Art oder auch anderer Art würde da helfen. Und ich glaube, die Eltern sind einfach die besten Kontrolleure im System, weil sobald da irgendwas schief läuft in irgendeiner Einrichtung, da melden die sich natürlich und sagen, das ist so nicht in Ordnung. Die setzen sich natürlich zuerst mit der Einrichtung auseinander, aber die kommen dann natürlich auch irgendwann zum Landkreis. Und das finde ich, und das ist eigentlich, das sind ja auch die, die es in Anspruch nehmen und das finde ich eigentlich viel besser, als wenn man jetzt noch mal so eine Misstrauensgeschichte da reinbringt und sagt, ihr müsst einfach nur mehr kontrollieren und dann wird das besser.

Ja, die Idee mit diesem Sockel ist ja einfach aus der Überlegung heraus, das hatte ich ja deutlich gesagt: Im Moment, wir können es uns schlicht und ergreifend finanziell

nicht leisten. Deswegen ist ja alles das, was hier inhaltlicher Art gesagt wurde, trotzdem richtig. Und da ist eben die Frage, wo kriegt man da jetzt einen Kompromiss hin? Und der Anspruch ist 30 Stunden. Wir geben da 30-Stunden-Betreuung aus dem Bundesgesetz und da gehen wir mit dem, was wir jetzt haben, deutlich drüber hinaus. Das muss man nicht. Und da könnte man ja bestimmte Anreize setzen. Und da, wo man jetzt zum Beispiel aus sozialpolitischen oder aus Jugendhilfe-Erwägungen sagt, das ist aber als Maßnahme der Jugendhilfe wichtig, da kann man ja, also da gibt es ja noch andere Hilfen, die dann auch Finanzierungen machen können. Also ich habe ja jetzt nicht den Anspruch, eine perfekte Lösung zu haben. Ich weiß nur, so wie es jetzt ist, geht es dauerhaft nicht weiter und ich sehe den an, den wichtigsten Ansatz sehe ich da, dass der die Leistungen in Anspruch nimmt, auch in gewisser Weise ein Interesse daran haben muss, ist das wirklich so benötigt?

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Rebschläger.

Heiner Rebschläger: Ja, vielen Dank! Ich möchte noch mal kurz auf die Ausführungen von Herrn Wille eingehen und die Rolle der Eltern in den Kindertageseinrichtungen. Gesetzlich formuliert ist diese Rolle der Eltern ja bereits. Aber wir sehen uns in der Praxis demgegenüber, dass das schlichtweg nicht umsetzbar ist, weil, und das haben wir ja auch schon diskutiert, die Datenbasis dafür fehlt. Also wenn die Eltern jetzt dann an die Leitung herantreten und sagen: Mensch, ich sage es jetzt mal ein bisschen platt, wie viel Personal hast du eigentlich hier ausverhandelt und wie viel ist denn tatsächlich hier in den Kindertageseinrichtungen? Und die treten dann als Kontrolleure in diesen Kitas auf, dann haben wir ein erhebliches Spannungspotenzial. Das kann so auch nicht funktionieren! Dass wir dort im System nachbessern müssen, Transparenz schaffen müssen und dass die Eltern sich das nicht proaktiv irgendwie erfragen müssen. Dafür sprechen wir uns auch aus. Das wäre eine sehr, sehr gute Sache. Wir haben da auch keine Möglichkeit jetzt auf dem Silbertablett. Aber da müssen wir hingucken. Das ist ein wichtiger Punkt, den Herr Wille ausgeführt hat. Das wollte ich unterstreichen. Und letzte Anmerkung noch zu Frau Rösler und Herrn Bockhahn: Ich habe jetzt wahrgenommen und mitgenommen hier heute aus dem Raum, dass Sie sagen, mehr Personal bringt nichts an Qualität. Ich zitiere noch mal Sie, Herr Senator Bockhahn: Kinder haben keine Schädigungen in Kitas erhalten. Also wenn das unser Anspruch ist in Mecklenburg-Vorpommern, dann schönen Dank und gute Nacht.

Vors. **Andreas Butzki**: Also, Herr Bockhahn, da können Sie gleich darauf reagieren.

Steffen Bockhahn: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Also Herr Rebschläger, das ist jetzt aber nicht ganz in Ordnung, was Sie machen. Ich habe nämlich vorhin ausdrücklich noch ergänzt, dass ich es mit Augenzwinkern formuliere. Das war ausdrücklich eine Folgerung, und ich kann auch richtigstellen, dass ich nicht davon ausgehe, und ich gehe davon aus, dass Frau Rösler das ähnlich sieht, dass mehr Personal nicht auch zu besserer Qualität führen kann. Ich habe nur deutlich gesagt, dass mehr Personal nicht automatisch zu einer besseren Qualität führt. Und dabei bleibe ich auch.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Becker-Hornickel.

Abg. **Barbara Becker-Hornickel**: Vielen Dank fürs Wort, Herr Vorsitzender! Vielen Dank an Sie alle! Ein ganz, ganz kurzes Statement. Frau Skott, ich gebe Ihnen da Recht. Ich habe fünf Enkel verteilt auf das ganze Bundesgebiet, mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Und ich denke, die Frage Betreuungsschlüssel ist doch schon ein bedeutender. Das kann ich aus den Dingen, die mir meine Kinder berichten, dort durchaus sagen. Aber auch eine Frage: Herr Rebschläger, Sie haben ja ein Thema angesprochen, dass, ich denke, eine sehr große Bedeutung hat, auch weiterführt und auch Schule und andere Bildungseinrichtungen betrifft. Das ist das Thema Inklusion. Und meine Frage ist jetzt eigentlich, mag auch mangelnde Kenntnis im Gesetzesbereich sein, das kann ich nicht einschätzen, aber sind, so wie Sie es vorgetragen haben und ich frage das auch Herrn Bockhahn, sind eigentlich die Kosten, und ich denke, das ist auch eine Frage, die mit einem Betreuungsschlüssel zusammenhängt, sind die eigentlich unterschiedlich, wenn ich Kinder in der Einrichtung haben, die besondere Betreuung und multiprofessionelle Teams bedürfen, weil sie eben der Inklusion unterliegen? Dass was für uns ja ganz, ganz wichtig ist – sie müssen in der Gesellschaft integriert sein. Und das beginnt ja in meinen Augen von Anfang an. Und ich will auch überhaupt nicht sagen, dass ich da, oder noch mal sagen, dass ich da doch sehr viel Probleme sehe, auch im System, wie es bisher aufgebaut sind, das dort beginnt und sicher bisher bis in die Schulen zurückführt. Aber hier auch die Frage, ist das kostenseitig berücksichtigt? Hat das eine gewisse Erhöhung der Kosten und wie ist dort die Abrechnung? Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: Ich glaube, die Frage geht eher an die Verwaltung in dem Falle. Herr Rebschläger will ein, zwei Sätze dazu sagen, aber eigentlich ist es eine Verwaltungssache.

Steffen Bockhahn: Vielen Dank! Kann ich Ihnen tatsächlich sagen: Im Grundsatz ist es so, dass in der Regelfinanzierung der Kita auch inklusives Arbeiten mitfinanziert ist. Allerdings ohne besondere Ansprüche. Das heißt dann, wenn ein Inklusionsbedarf attestiert und festgestellt ist, dann, gemäß Bundesteilhabegesetz, werden gesonderte Leistungen zu vereinbaren sein und die werden dann in der Kita erbracht. Vor dem BTHG und vor diversen KiföG-Novellen ist es so gewesen, dass sie integrative Gruppen hatten im Kindergarten und da waren dann elf Regelkinder in Anführungszeichen und vier Kinder mit Integrationsbedarf, wie es damals hieß. Und dann war in der Gruppe die Erzieherin plus eine Heilerzieherin. Und diese Systematik ist durch das Bundesteilhabegesetz gebrochen. Im Übrigen aus meiner Sicht auch sachlich richtig, das zu tun, weil der Inklusionsbedarf des Kindes kann ja sehr unterschiedlich sein. Also vier Kinder haben nicht immer den gleichen Bedarf. Und es kann durchaus sein, dass ich für vier Kinder mit Inklusionsbedarf zwei oder drei zusätzliche Fachkräfte brauche. Es kann aber auch sein, dass eine halbe zusätzliche Fachkraft bei vier Kindern mit Inklusionsbedarf ausreichend ist. Es liegt ja immer daran, welche Beeinträchtigung vorliegt und womit wir es zu tun haben. Das heißt, die tatsächliche zusätzliche Inklusionsarbeit wird nach 35a SGB VIII oder eben dann mit anderen gesetzlichen Standards, aber in aller Regel eben darauf basierend zusätzlich vergütet, meistens in Form von Fachleistungsstunden, die gesondert zu vereinbaren sind.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Julitz.

Abg. **Nadine Julitz**: Obwohl Frau Rösler mir schon zuvorgekommen ist, hätte ich noch eine Nachfrage an Herrn Wille zu der modifizierten Beitragsfreiheit. Und das war jetzt ein bisschen schwammig, was jetzt zusätzliche Dinge sind. Meinen Sie damit Zeitumfang oder meinen Sie damit zusätzliche Angebote, wie besondere Kneipp-Kitas oder wie auch immer? Denn die Frage nach der Segregation beschäftigt mich dann schon stark. Und die Frage noch mal, wie Sie den Verwaltungsumfang einschätzen,

wenn wir das trennen wollen?

Und dann habe ich ganz grob gefasst noch mal einen großen Komplex zu der Inanspruchnahme. Vielleicht habe ich einen Denkfehler. Für mich ist jetzt total einleuchtend die Ausführung von Herrn Bockhahn gewesen, dass die Kosten nicht gleich das einzelne Kind betreffen. Wenn wir über die Inanspruchnahme sprechen, dann müssten wir über so eine hohe Zahl von Eltern, die nicht melden, dass ihr Kind ganztags betreut werden muss, sprechen, dass wir Gruppen schließen könnten. Ich glaube es schlichtweg nicht, gerade im Bereich Kita, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Und vielleicht habe ich einen Denkfehler. Aber wenn das nicht der Fall ist, dann würden wir über eine so hohe Zahl sprechen, die ja auch messbar sein müsste. Wir haben keine validen Zahlen, haben wir jetzt häufig gehört. Es müsste ja ganz einfach messbar sein, wenn die Eltern eine Beitragsfreiheit haben, zahlen sie aber die Essenskosten. Das heißt, das Vesper müsste abgemeldet werden. Das werden Eltern tun, denn die Kosten werden Eltern ja nicht jeden Tag tragen wollen, wenn sie ihr Kind...

(Steffen Bockhahn schüttelt den Kopf.)

Aber Herr Bockhahn, ich sehe das, ich sehe das Kopfschütteln – aber auch nicht in der hohen Masse, über die wir reden, dass wir Gruppen schließen könnten, damit die Kosten gesenkt werden können. Ich glaube das schlichtweg nicht. Wenn wir dann aber noch mal über die Hortbetreuung sprechen, das glaube ich dann schon eher, 3., 4. Klasse, dann muss man aber, meiner Meinung nach, schon auch noch den Aspekt sehen, dass wir eine Flexibilität für Familien haben. Und nur, weil das Kind drei Tage die Woche nicht den Hort besucht, weil Familien leisten können, dass sie vielleicht, einer kürzer arbeitet an den Tagen und das Kind nur eine Stunde alleine ist und das dann in der Familie organisiert werden kann, zwei Tage aber schon den Hort besuchen muss, weil es nicht geleistet werden kann, brauche ich ja trotzdem den Ganztagsplatz. Oder ich finde eine Lösung, wie wir das anders regeln können. Aber darüber müssten wir dann sprechen. Derzeit ist es aber nicht möglich, sondern es gibt einen Ganztagsanspruch dann. Insofern bin ich auf die Ideen gespannt, wie wir das lösen wollen. Denn diese Flexibilität sollten wir den Familien weiterhin ermöglichen, ohne ihnen zu unterstellen, dass sie absichtlich nicht melden, dass sie den Ganztagsplatz

nicht brauchen. Und dann noch mal der, vielleicht auch der Denkfehler, weil wir das im Bekanntenkreis hatten, wenn noch mal von Herrn Bockhahn aufgeworfen, Kosten nicht gleich ein einzelnes Kind sind und die Massen, die ich dazu dann denke, dann ist der Vater, der zwei Monate arbeitslos ist und das nicht meldet – was hätte das in diesen zwei Monaten mit den Kosten gemacht, wenn in der Gruppe ein Kind weniger gewesen wäre? Fragezeichen. Das ist jetzt mal ein...

Vors. **Andreas Butzki**: Das ist ein ganz, ganz großer Fragenkomplex. Also erst mal, denke ich, an Herrn Wille – Herr Rebschläger, ich habe Sie nicht vergessen. Ich gebe Ihnen danach noch mal kurz die Chance, auf die Sache von Frau Becker-Hornickel noch zu reagieren. Also ich denke, Herr Wille und vielleicht noch der Landkreistag, also Frau Dr. Gelke, oder dass vielleicht zu dem Komplex. Also Herr Wille, Sie haben das Wort.

Dietger Wille: Also man kann diese Idee unterschiedlich denken, aber der Hauptaspekt betrifft natürlich die Zeit. Und wenn ich mal so Freunde habe, die in anderen Bundesländern wohnen, dann weiß ich, die haben tatsächlich einen sehr kleinen Schlüssel, aber die haben auch ein sehr enges Fenster der Betreuung. Also die müssen, die können relativ spät gebracht werden und relativ früh geholt werden. Ich will jetzt nicht die Axt an unser System, was den zeitlichen Rahmen, der möglich ist, senken, aber ich will sagen, man muss vielleicht auch deutlich machen, dass das nicht alles finanziert werden muss, über... Sondern, dass die Beitragsfreiheit auf dieses Mindestmaß, diese 30 Stunden, die im Bundesgesetz stehen, sich beziehen. Und wenn man sagt, ich will eine Früh-Kita haben, eine Spät-Kita – das ist ja auch regional sehr unterschiedlich. Und da bin ich schon der Meinung, dass man dort durchaus mit Elternbeiträgen auch arbeiten dürfte. Das würde im Übrigen auch dem Aspekt, den Sie hier schon diskutiert haben, gerecht werden. Denn es wurde ja gesagt, wir haben hier verschiedene Themen in der Kita, einmal den Bildungsauftrag, einmal den Auftrag in der örtlichen Jugendhilfe und auf der anderen Seite aber auch, ja ich sag mal, die Möglichkeit für die Eltern, der Erwerbstätigkeit nachzugehen. Und ich glaube, den Bildungsauftrag, den kann ich in einem 30-Stunden-Platz gut sicherstellen. Und wenn ich darüber hinausgehe, Erwerbstätigkeit sicherzustellen, habe ich mehr Zeiten. Da ist vielleicht das dann im Vordergrund, und so ist das gemeint. Aber man kann natürlich die Modifizierung auch, Sie hatten Kneipp-Kitas und

so was genannt. Ich finde das gut, dass wir diese große Vielfalt bei den Trägern haben. Und ich finde, da kann man auch diese Ideen durchaus anreizen damit, und auch Eltern Wahlmöglichkeiten geben und sagen, Mensch, das finde ich interessant. Und da muss man aber auch sagen, das muss dann dir aber auch ein bisschen was wert sein.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Dr. Gelke.

Dr. Judith Gelke: Ich versuche, das einfach ganz knapp zu ergänzen. Wir haben derzeit maximale Flexibilität im System für Eltern. Wenn man berufstätig ist und auch unregelmäßige Zeiten manchmal hat, ich kann mich da gut reinversetzen, ist das was sehr Wertvolles. Gleichzeitig ist es etwas wahnsinnig Teures. Wenn Sie einen Hort betreiben mit 350 Kindern, und Sie haben 70 Kinder darin, die nur drei Tage die Woche kommen, am Nachmittag, aber ganz unregelmäßig verteilt. Dann ist das tatsächlich ein Kostenproblem. Wenn Sie das machen, was Herr Wille gerade beschreibt, dass Sie sagen, bis 14.00 Uhr ist inklusive, wenn ihr danach was braucht, kauft ihr euch das dazu. Dann wird es auf der einen Seite für die Einrichtung planbarer. Dann können sie nämlich tatsächlich an, vielleicht Donnerstagen und Freitagen drei, vier Erzieher weniger einplanen. Und dann bringt es Eltern vielleicht auch dazu, ein bisschen vorhersagbarer zu werden. Das ist in manchen Jobs total schwierig und es gibt Fälle, wo das einfach nicht geht. Ich glaube aber, dass es auch eine ganze Anzahl von Konstellationen gibt, wo das sein kann. Dieses System völliger Flexibilität, in einem Rahmen von 50 Stunden, ist etwas, was sich kein anderes Bundesland gönnt. Ich finde das toll als Mutter, als Berufstätige das in Anspruch nehmen zu können. Aber man muss darüber nachdenken, ob wir das so aufrechterhalten können, dass es gleichzeitig effizienter wird. Und wir haben auch die Kinder, die einen Vollzeitplatz haben im Hort und gar nicht mehr kommen, überhaupt nicht. Und da müssen wir eine Möglichkeit bekommen, ranzugehen. Das würde auch Kosteneffekte haben. Nun nicht in riesen Millionenbeträgen, aber es wäre ein Beitrag. Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Bockhahn sitzt noch so am Start, möchten Sie auch noch ergänzen?

Steffen Bockhahn: Ehrlicherweise habe ich mich von Frau Julitz auch ein kleines

Stück angesprochen gefühlt. Tatsächlich, wir haben, oder das ist richtig dargestellt, wir haben die Zusage – du hast einen Halbtagsplatz, du hast einen Teilzeitplatz, du hast einen Ganztagsplatz – und wenn diese Zusage vom öffentlichen Träger erteilt ist, dann ist dieser Platz beim Träger zu bezahlen. Die Inanspruchnahme ist dann erst mal sekundär. Das ist jetzt vielleicht bitter, da hat Judith Gelke ganz viel dazu gesagt. Aber wenn wir uns als öffentliche Hand dazu bekennen, dieses Verfahren so machen zu wollen, dann geht ausdrücklich keine Kritik an irgendeinen Träger, wenn er den Platz, der belegt ist, abrechnet. Die Frage ist tatsächlich die, finden wir einen Modus, der es anders macht? Bei der Essengeld-Theorie, die funktioniert nicht landesweit, weil wir durchaus auch Gebietskörperschaften haben, wo das Essengeld pauschal abgerechnet wird. Ich kenne da eine. Und da sind alle drei Mahlzeiten drin, ob du sie nimmst oder nicht. Aber bei einem Vollzeitplatz ist eine 3-Portionen- oder eine dreigliedrige Mahlzeit zu buchen – Ende der Durchsage. Und insofern wird das auch nur begrenzt funktionieren. Ein letzter kurzer Hinweis: Tatsächlich ist einer der Gründe, das heißt nicht, dass ich das richtig finde, ich möchte es nur erklären, einer der Gründe, warum wir beim Hort zum Beispiel solche großen Gruppen haben, ist nicht alleine, weil meistens die Klassenstärken dann in den Hort wechseln, sondern da ist mit einkalkuliert, dass viele Hortkinder halt nicht mehr die ganze Zeit da sind. Auch deswegen haben wir so einen miesen Personalschlüssel im Hort. Weil man davon ausgeht, die 22 Kinder sind in der Regel nicht alle die ganze Zeit da, sodass wir de facto die meiste Zeit einen kleineren Personalschlüssel haben, der aus meiner Sicht im Hort trotzdem zu hoch ist. Aber das eine andere Punkt. Und allerletzter Satz dazu: Wir haben sehr wohl eine Datengrundlage, weil die Träger registrieren, wann wird das Kind gebracht und wann wird das Kind abgeholt? Es gibt diese Zahlen. Die Frage ist, ob wir Zugriff darauf haben oder nicht. Und das wird, von hier nach da, ganz unterschiedlich beantwortet.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Skott.

Michaela Skott: Vielleicht ganz kurz mal zu der Frage im Hort: Also bei den Zeiten, die die Kinder in der Schule verbringen, ist sehr wohl das so, dass sie oft zumindest die erste oder auch noch die zweite Stunde im Hort verbringen. Und ich möchte darauf hinweisen, dass es ein Stadt-Land-Gefälle gibt. Denn im ländlichen Raum, und das ist der größte Teil unseres schönen Bundeslandes, fährt ganz schlicht ein Bus und da

können die Kinder mitnichten mal eben einfach so nach Hause gehen, weil sie keinen Bock haben auf Hort. Das funktioniert mit den Schlüsselkindern im städtischen Raum ein bisschen anders, das stimmt. Aber dann frage ich, oder stelle ich die Frage, wie denn die Arbeitsbedingungen für Hort-ErzieherInnen aussehen sollen, wenn man diese Zeiten kürzt, die dann maximal vielleicht drei Stunden in einem Hort beschäftigt sein sollen und danach wieder irgendwo anders hinspringen sollen? Das macht es nicht attraktiver. Und die Hauptstoßzeit für Beziehungsbildung, Erziehung, Unterstützung bei möglichen Aufgaben noch aus der Schule, sozialarbeiterischen Tätigkeiten, Streitschlichtung usw. – das sind also alles Dinge, die im Hort ja passieren und die schon auch, ja natürlich oft in den ersten zwei Stunden passieren und nicht jedes Kind bleibt da bis 16:00/17:00 Uhr. Aber das ist eine städtische Diskussion. Und ich finde das wichtig, immer wieder auch zu gucken, wir sind ein Flächenland, und wenn Sie ErzieherInnen haben, die dann wieder überwiegend in Flexverträge gehen müssen, das heißt, die 28 oder 30 oder 32 Stunden haben und den Rest springen müssen und dann für die Betreuung der eigenen Kinder auch noch zusätzlich aufkommen sollen, weil das Land nur noch 30 Stunden bezahlt, oder wenn Sie sich anschauen, dass im touristischen Bereich auf den Inseln die Menschen, die im Tourismus arbeiten und es oftmals finanziell deutlich schlechter haben als alle, die hier sitzen, dann auch noch wieder nachweisen müssen, ob sie jetzt nach 18:00 Uhr oder vor 6:00 Uhr tätig sind. Das machen sich die Kommunen an der Stelle auch nicht leicht, finde ich. Also zur anekdotischen Evidenz kann ich beitragen, dass ich selbst zwei Kinder habe, aber über einen Pool an fünf Kartenkindern verfüge und in einem regen Austausch zum Thema Teilhabe, Integration, Eingliederungshilfe usw. mit der örtlichen Kommune stehe. Und wenn man bestimmte Leistungen grundsätzlich vorhalten würde, dann könnte man sich an der Stelle auch einen bürokratischen Aufwand und damit auch Kosten in den Kommunen sparen. Das beantwortet noch mal ein bisschen Ihre Frage, Frau Becker-Hornickel, zur Frage der multiprofessionellen Teams auch in den Einrichtungen.

Vors. **Andreas Butzki**: So, ich übergebe jetzt die Leitung der Sitzung an Frau Julitz. Ich habe noch eine ganz andere wichtige Verpflichtung. Ich wollte aber den ersten Teil dieser Anhörung mitnehmen. Ich bitte das zu entschuldigen! Frau Hegenkötter wird mich jetzt im Ausschuss weiter vertreten. Ich wünsche der Anhörung noch weiterhin viel Erfolg! Also Nadine, du kannst übernehmen.

(Zuruf Abg. Nadine Julitz)

Ja. Wie bitte? Erst ist Herr Rebschläger noch dran. Der wollte noch reagieren auf die Frage von Frau Becker-Hornickel.

(Abg. Nadine Julitz übernimmt den Vorsitz)

Heiner Rebschläger: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender! Die rechtlichen Ausführungen, die haben wir von Senator Bockhahn gehört. Es ist alles richtig so. Aber hier sind wir wieder bei dem, was ich in meinem Eingangsstatement auch gesagt habe, die Verwaltungslogik, in der Praxis tatsächlich kommt das nicht an. Die Kitas bringen das nicht auf die Straße, was sie eigentlich auf die Straße bringen sollten. Und das ist ein Herzensthema des Kita-Landeselternrates, da gucken wir ganz aufmerksam hin. Gegenwärtig ist es so, dass sich das meistens abstützt auf die individuellen Teilhabeleistungen der Kinder. Wenn wir jetzt jedoch Fälle haben, also Kinder kommen in Kindertageseinrichtungen und sind dort in den Alltag integriert und es entwickeln sich dann entsprechende Verhaltensauffälligkeiten, dann müssen wir feststellen, dass eben die Teams auch tatsächlich überfordert sind mit diesen Situationen und nicht wissen, wie sie entsprechend dem begegnen müssen. Also um es kurz zu fassen: Die Kitas arbeiten überwiegend in M-V nicht inklusiv, sollen es aber tun.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz:** Als nächstes auf der Rednerliste ist dann Herr Renz.

Abg. **Torsten Renz:** Danke, Frau Vorsitzende! Übermitteln Sie dann mal dem anderen Vorsitzenden, dass ich 10.45 Uhr dankbar bin, meine erste Frage stellen zu können und melde schon mal an, sämtliche weitere Fragerunden auch in Anspruch nehmen zu wollen. Ich würde zwei Fragen stellen wollen, und zwar bezogen auf Frage 6 – Kostendämpfung. Ein Zitat – die GEW hat verschriftet: „Immerhin wird deutlich, dass die freien (sozialen!) Träger mit den Einrichtungen der Kindertagesförderung Gewinne erwirtschaften. Dies ist aus unserer Sicht nicht wünschenswert.“ Meine Frage in Richtung GEW, und aus meiner Erinnerung auch an den Landkreistag, an Frau Dr. Gelke, die eine ähnliche Auffassung vertritt: Haben Sie dafür Belege? Wenn ja, können Sie das anhand zum Beispiel von Beispielen vortragen? Und welche Maßnahmen schlagen Sie dem Gesetzgeber dann vor, um dagegen vorzugehen? Dann doch eine

politische Bemerkung dazu: Wir können aber nicht davon ausgehen, dass die Träger auch noch Geld mitbringen sollen.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Frage 18, auf Fragenkomplex der GEW. Ist jetzt ein inhaltlicher Bruch, sozusagen. Da führen Sie aus, ich zitiere auch wieder: „Darüber hinaus werfen wir die Frage aus, ob nicht im Zuge des neu geregelten Ganztagsanspruches zumindest der Hort in den Landesdienst übergehen sollte, um die Einheit von Schule und Hort zu ermöglichen und im Sinne der effizienten Bruchstellen zu vermeiden.“ Meine Frage dazu: Beziehen Sie die Effizienz ausschließlich auf Bildung? Und beinhaltet Ihre Aussage und Ihre Forderung, dass die Träger nicht in der Lage sind, die entsprechenden Ansprüche zu gewährleisten? Danke schön!

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Okay. Die erste Frage war, glaube ich, an Frau Skott und Frau Dr. Gelke gerichtet. Und dann die zweite Frage auch noch mal an Frau Skott. Bitte, Sie haben das Wort.

Michaela Skott: Vielen Dank, Herr Renz, für die Frage, die ich gerne beantworte. Und zwar wabert das ja immer so ein bisschen in den Gesprächen. Wir hatten das ja auch mal bei unserem parlamentarischen Abend, diese Frage – machen Träger Gewinne? Was grundsätzlich nicht zu beanstanden ist. Aber das haben wir tatsächlich dem Sonderbericht entnommen, und zwar der Punkt 3.1.2 Prospektivitätsgrundsatz. Im Sonderbericht des Landesrechnungshofes steht: „Hierdurch besteht für den jeweiligen Träger der Einrichtung die Möglichkeit, Gewinne zu erwirtschaften.“ Und im Weiteren wird dann auch noch mal deutlich in dem Bericht des Landesrechnungshofes, dass Gewinne erwirtschaftet werden und dass dieses nicht ausschließbar ist. Das ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, weil auf der anderen Seite die Träger an bestimmten Punkten auch ein Risiko eingehen müssen. Das kann Herr Tünker sicherlich von der LIGA besser ausführen als ich. Das heißt, immer da, wo man auch als Träger ins Risiko geht, ist es sicherlich auch sinnvoll, Gewinne zu erwirtschaften. Dass die Gewinne dann bei größeren Trägern anders ausfallen als bei kleineren, wurde vorhin auch schon gesagt. Das merken wir ja im Rahmen der Entgeltverhandlungen, was zum Beispiel mögliche Rückstellungen angeht. Das heißt, es ist nicht per se falsch, aber wenn es sich zulasten nur der Gewinne bezieht, dann

müsste man gucken, wie viel ist es? Müsste man evaluieren und muss eine Systemfrage stellen. Das ist das, was in unserer Antwort dahintersteht. Also nicht grundsätzlich zu sagen: Keine Gewinne, sondern es muss in einem gesunden Verhältnis miteinander stehen. Zur Frage Landesdienst Hort, möchte ich ganz kurz anmerken: Ja natürlich, wir beziehen uns auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Bildung. Das ist unsere Kernaufgabe. Erstens. Die Zweite ist auch die Bildungsqualität, als Bildungsgewerkschaft liegt uns da sehr viel dran. Wir sehen, dass in den verschiedenen Regelungskreisen, gesetzlichen Regelungskreisen einfach Brüche entstehen. Und das ist heute noch gar nicht gefallen das Thema. Es wird ja der Anspruch, der Rechtsanspruch auf den Ganzttag kommen. Auch der wird noch mal Kosten verursachen. Davon ist auszugehen. Und wir sehen in der Problematik, gerade jetzt auch im Runden Tisch Ganzttag ist uns das sehr stark aufgefallen, dass durch die verschiedenen Regelungskreise eben auch Brüche in der Frage Pädagogik, Umsetzung, Einbeziehung beispielsweise in der Schulkonferenz, des Hortes usw. entstehen, die sich nicht so einfach auflösen lassen. Und mehrfach weist der Bericht des Landesrechnungshofes darauf hin, dass das Land, obwohl es einen großen Finanzierungsanteil hat, zu wenig Steuerungsmöglichkeiten hat. Und das steckt in der Frage dahinter. Und da sehen wir bei dem Hort die Möglichkeit, dass das Land mehr Steuerungsfähigkeit hat, wenn es den Hort quasi integriert und als, und die Beschäftigten daraus in den Landesdienst übernimmt. Das ist auch, gerade Hort ist eine schwierige Kiste für die Beschäftigten, weil das eben ja auch Randzeitenstunden sind. Dann gibt es Springer, gibt es Einrichtungswechsel – also da steckt ganz viel drin, wo man wirklich drüber reden muss.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Bei Frage eins war Frau Dr. Gelke noch angesprochen. Sie haben das Wort.

Dr. Judith Gelke: Danke fürs Wort! Ich ergänze das ganz kurz. Gleiche Darstellung wie bei Frau Skott. Prospektivität ermöglicht Gewinne und Verluste. Für uns als Kostenträger wäre es nun spannend, mal eine Gewinn- und Verlustrechnung zu sehen, weil wir nämlich tatsächlich überhaupt keine Ahnung haben, wie hoch diese Gewinne, wenn sie denn entstehen, ausfallen. Entstehen Verluste, sagen uns das die Einrichtungsträger sehr, sehr schnell. Nämlich in der nächsten Entgeltverhandlung wird das alles vorgerechnet, was hier nicht hingehauen hat in der Kalkulation und wie

viel mehr es in der Folgeperiode braucht. Entstehen Gewinne, erfahren wir das im Zweifel nicht. Insofern erst mal die Feststellung: Gewinne sind legitim, legal und in der Prospektivität auch so vorgesehen. Die zweite Frage, wie hoch diese ausfallen sollten, im Vergleich mit einer marktüblichen Eigenkapitalverzinsung, darf aber auch gefragt werden. Und da würde uns als Landkreise mal brennend ein Blick in so eine Gewinn- und Verlustrechnung interessieren, weil wir tatsächlich keine Ahnung haben, über welche Margen wir da sprechen.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Okay. Dann haben wir als nächstes auf der Rednerliste Frau Pfeifer.

Abg. **Mandy Pfeifer**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich würde jetzt noch mal meinen Fragenkomplex an Herrn Tünker richten. Herr Tünker, wir haben hier häufiger heute schon gehört, es braucht multiprofessionelle Teams in Kita. Nun hat das Land meines Erachtens 2017, ich schau mal zu Frau Dr. Gelke und Herrn Deiters, den Fachkräftecatalog ja erweitert und nach meinem Dafürhalten sind hier schon multiprofessionelle Teams möglich. Inwieweit nimmt der Träger, weil das ist ein Eindruck, der mir durchaus häufiger entsteht, dass Träger ihre Organisationsmöglichkeiten und auch ihre Organisationszuständigkeiten gar nicht in Gänze ausschöpfen, inwieweit nehmen die Träger eigentlich die Möglichkeiten, solche Teams zu organisieren, in Anspruch? Und die zweite Frage, die ich hätte, ist, wenn wir jetzt also auf die Inanspruchnahme gucken und hören Kinder sind mal hier und mal da, weniger da, dann ist das ja aber auch eine, also birgt das ja auch einen gewissen Grad an Nicht-Planbarkeit für den Träger – welches Personal muss er denn jetzt eigentlich vorhalten? Was bräuchten Sie dazu ganz konkret?

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Die Frage richtet sich an Herrn Tünker und ich übergebe Ihnen das Wort.

Bernd Tünker: Vielen Dank! Multiprofessionelle Teams werden meines Wissens in der Praxis eingesetzt und auch verstärkt eingesetzt. Das hat verschiedene Gründe. Einmal die Fachlichkeit, also die Qualität, also die Fachlichkeit in gewisser Weise aufzubrechen und aufzuweichen, dass eben nicht nur pädagogisch im eigentlichen Sinne, studierte Menschen dort unterwegs sind, sondern eben auch andere Menschen

dort unterwegs sind. Also diese Teams gibt es in den Einrichtungen. Und nach dem, was mir so zugetragen wird, gibt es da durchweg positive Erfahrungen in dem Bereich. Das ist nichts, was ich jetzt grundsätzlich kritisch sehen würde. Die Frage der Planbarkeit ist eine ganz zentrale Frage natürlich in den Einrichtungen. Und da gibt es eben auch nur begrenzte, ich sage mal, Eingriffsmöglichkeiten oder Steuerungsmöglichkeiten der Einrichtungen schlicht und ergreifend. Also es bestehen Verträge mit den Eltern, die Betreuungszeiten definieren und die Einsatzpläne werden darauf ausgerichtet, schlicht und ergreifend. Das heißt, wenn dann kurzfristig Veränderungen da sein sollten, dass Kinder eben dann außerhalb der Zeiten doch mal länger bleiben müssen oder eben vorzeitig gebracht werden müssen, muss das immer mitgedacht werden und mitgeplant werden. Also in vorausgehendem Gehorsam schlicht und ergreifend, weil die Erfahrung in der Praxis dann die ist, dass auch Planbarkeiten begrenzt sind, schlicht und ergreifend, weil das eine ist der Plan und das andere ist dann der Alltag und das Leben, was einem da an der einen oder anderen Stelle eben erwischt. So viel vielleicht. Planbarkeit im Sinne von weitere strenge Vorgaben – klar, das kann man möglicherweise denken, nur ob das in der Praxis dann auch durchhaltbar ist und umsetzbar ist, das wage ich mal zu bezweifeln.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Frau Skott dazu.

Michaela Skott: Vielleicht ganz kurz noch mal zu den multiprofessionellen Teams. Das ist also mitnichten so gemeint, dass dort in den Einrichtungen multiprofessionelle Teams im Sinne einer Teamarbeit tätig sind, sondern der Fachkräftecatalog in Bezug auf die Fachkraft-Kind-Relation wurde dahingehend geöffnet, dass pädagogische Kräfte dort tätig sein können, aber auch Kräfte mit einer anderen Ausbildung, denen man zumindest ein pädagogisches Verständnis unterstellt. In der Praxis sollte das beispielsweise heißen, dass eine Person, die einen Ausbildereignungsschein hat, als Fachkraft gewertet werden kann und in diesem Sinne am Ende keine Ausnahmegenehmigung erforderlich ist, um den Betrieb sicherzustellen. Dass man... Man nennt das dann multiprofessionelle Teams, aber es sind keine Einrichtungen, die multiprofessionell arbeiten, sondern man sagt, eine Hebamme ist eine pädagogische Fachkraft. Der Träger kann eine Hebamme einstellen und braucht für diese Hebamme keine Ausnahmegenehmigung. Das ist ein kleiner, aber feiner Unterschied. Die GEW wehrt sich regelmäßig gegen die Aufweichung dieses Fachkräftecatalogs.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Eine Nachfrage bei Frau Pfeifer.

Abg. **Mandy Pfeifer**: Eine Klarstellung. Das habe ich nicht gemeint, dass jeder mit einem Ausbilderschein jetzt pädagogische Fachkraft ist. Sondern ich meine die Erweiterung um Logopäden, Ergotherapeuten, Musikpädagogen, Tanzpädagogen. Also auch das gibt ja schon eine Möglichkeit, multiprofessionell zu arbeiten und zu reagieren oder jedenfalls andere Angebote zu gestalten.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Und Frau Skott noch einmal darauf.

Michaela Skott: Na ja, es ist ein Unterschied, ob Sie multiprofessionelle Teams, die in multiprofessioneller Arbeit... Also eine Ergotherapeutin, die ergotherapeutisch tätig ist in der Kita, das gibt es nicht, sondern das gab es mit den integrativen Kitas. Heute haben Sie eine Fachkraft, die auch Ergotherapeutin ist, die als Fachkraft gilt, als Erzieherin gerechnet wird in dem Personalschlüssel. Das ist ein Unterschied. Natürlich ist das toll, wenn jemand mit einer Zusatzqualifikation kommt. Aber dann müsste das eigentlich eine staatlich anerkannte Erzieherin sein, die auch eine ergotherapeutische Ausbildung hat. Das ist damit aber nicht gemeint. Das steht so nicht im KiföG. Es geht im KiföG lediglich um die Definition der Fachkräfte. Und wenn man es jetzt ganz hart sagen würde, um die Schönrechnung der Fachkraft-Kind-Relation. Das will ich gar nicht so hart sagen, weil das natürlich auch eine, in Teilen eine Notlösung war. Und zum Glück ist ja die Regelung mit dem AdA-Schein auch nicht reingekommen, sonst müsste ich am Ende noch in der Kita arbeiten.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: In der Rednerreihenfolge haben wir jetzt Herrn Schult.

Abg. **Enrico Schult**: Danke schön, Frau Vorsitzende! Ich habe zwei Fragen. Eine an Herrn Tünker. Herr Tünker, ich fragte ja vorhin, ob es Daten dazu gibt, ob ein Halbtags- oder ein Halbtagsplatz oder ein Vollzeitplatz sozusagen in Anspruch genommen wurde. Da sagten Sie, es gibt keine Daten dazu. Nun hörte ich von Herrn Bockhahn, dass es ja durchaus aufgeführt wird, wann das Kind abgeholt wird, wann das Kind gebracht wird. Diese Daten werden allerdings den Kommunen oder den Leistungs-, den Kostenträgern nicht zur Verfügung gestellt. Ist das richtig? Können Sie das vielleicht mal ausführen? Und man könnte das ja dann ganz schnell auflösen, ob das

wirklich der Fall ist, dass ganz viele Vollzeitplätze in Anspruch genommen werden und weniger Halbtagsplätze.

Und dann habe ich noch eine Nachfrage an Herrn Bockhahn. Herr Bockhahn, Sie sprachen von einer bürokratiearmen Abrechnung, wo wir gegebenenfalls die Eltern mit ins Boot holen könnten. Dass beispielsweise solche wie Sie oder ich gerne auch einen Elternbeitrag bezahlen müssen. Wie stellen Sie sich das vor? Gibt es da ein gewisses Staffelmodell oder ein Stufenmodell, wo Sie sagen, ab der und der Höhe des Gehalts müsste gezahlt werden? Und das ist ja immer so ein Argument, dass es heißt, das ist viel zu bürokratisch, dass man sozusagen dann Gehaltsnachweise abgeben muss. Können Sie das mal vielleicht Ihre bürokratiearme Variante? Und dann ganz wichtig für mich nochmal dieses Schiedsstellenproblematik. Da sprachen Sie an, dass eine Zusammensetzung neu gefasst werden muss. Das bedeutet für mich im Umkehrschluss, dass es dort Ungerechtigkeiten gibt in der jetzigen Zusammensetzung, dass wir quasi jetzt das Land mit ins Boot holen müssen, die Träger, die Kommunen, die Landkreise. Derzeit ist es ja so, dass sich die Träger und die Landkreise und Kommunen pari pari zusammensetzen. Dann gibt es da den Vorsitzenden der Schiedsstelle. Dazu wäre es schön, wenn Sie da noch mal was ausführen könnten, wie Sie sich das vorstellen, die Schiedsstellen zusammensetzen und ob es da aus Ihrer Sicht eine Ungerechtigkeit gibt?

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Die Fragen waren konkret an Herrn Tünker und Herrn Bockhahn gerichtet und ich würde Ihnen in der Reihenfolge das Wort erteilen.

Bernd Tünker: Ja, vielen Dank! Ich hatte Ihre Frage vorhin so verstanden, das ging um die Steuerung, also ob und inwieweit da Steuerungsmöglichkeiten bestehen, dieses Fehlanreiz-System, so will ich es mal vorsichtig so formulieren, dass die Eltern also ganz praktisch dieses System, in Anführungszeichen, ausnutzen und Zeiten in Anspruch nehmen, obwohl sie den Bedarf dort gar nicht haben und sich selbst um die Kinder kümmern könnten. So hatte ich Ihre Frage verstanden. Und ob es dazu Zahlen, Daten und Fakten gibt? Also eine systemische Erfassung von den Hol- und Bring-Zeiten bei den AWO-Kitas jedenfalls ist mir so nicht bekannt. Das komplett jede Kita das so macht und jeden Morgen aufschreibt, wann das Kind gebracht wird und jeden Fall erfasst werden sollte, bleibt ja die Frage... Die eigentlich zentrale Frage dahinter

ist ja, ob und inwieweit dann diese Hol- und Bring-Zeiten deckungsgleich mit dem jeweiligen Bedarf zu sehen sind. Also ob dann wirklich, sage ich mal, wenn ich eine Vollzeitätigkeit ausübe und das auch bestätigt worden ist von dem Dienstherrn, Arbeitgeber oder wie auch immer, ob ich denn, ob das denn so stimmt, sage ich mal... Also die Erfassung der Hol- und Bring-Zeiten allein, sagt ja nichts darüber aus, ob denn der Bedarf hundertprozentig auch so besteht. Und so hatte ich Ihre Frage auch verstanden. Und dieses Kontrollieren von etwaigen Arbeitgeberbescheinigungen, das findet nicht statt und kann und darf ja auch nicht stattfinden.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Eine Nachfrage, Herr Schult?

Abg. **Enrico Schult**: Ja, eine Nachfrage. Hintergrund ist, dass wir vor einiger Zeit den Bürgermeister von Grevesmühlen hier in dieser Runde zu sitzen hatten. Der ist Träger einer kommunalen Kita und da war es so, dass ein Bedarf war im Hort oder in der Kita – das kann ich Ihnen gar nicht genau sagen – im Hort. Und da ist er zu seiner Kita-Leitung gegangen und hat gesagt, wir brauchen hier drei, vier Plätze. Dann hat die Kita-Leitung gesagt: Ja, die und die Eltern, die nehmen quasi diesen Vollzeitplatz gar nicht in Anspruch. Dann wurde diesen Eltern gekündigt und es gab keinerlei Widerspruch dazu. Und da sieht man mal wieder, dass da eventuell ja irgendwo ein Bedarf ist oder eine Aufklärung vonnöten ist. Aber grundsätzlich: Wären Sie dann bereit, die Daten zur Verfügung zu stellen?

Bernd Tünker: Das kann ich hier und heute so nicht beantworten. Das, da hängt ja einiges dran an dieser Frage. Einmal die Erfassung und auch die Frage, rechtliche Fragen hängen damit zusammen, ob und inwieweit diese Daten wem gegenüber veröffentlicht werden dürfen und bekannt gemacht werden dürfen. Das kann ich hier so, hier und heute nicht mit Ja oder Nein beantworten. Müsste man prüfen, müsste man sich angucken.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Dann Herr Bockhahn, bitte.

Steffen Bockhahn: Vielen Dank! Vielleicht darf ich zu den Anwesenheiten gleich noch mal was sagen. Ich gehe davon aus, dass in jeder Kita immer erfasst wird, wie viele Kinder gerade da sind und wie viele nicht. Weil nämlich im Rahmen einer

möglicherweise stattfindenden Prüfung ja auch nachgewiesen werden müsste, ob der gesetzlich vorgeschriebene Fachkraft-Kind-Schlüssel eingehalten wird und auch geklärt werden müsste, ob der mit dem öffentlichen Träger der örtlichen Jugendhilfe vereinbarte Personalschlüssel eingehalten worden ist oder nicht. Insofern gehe ich mal ganz fest davon aus, dass in allen Einrichtungen immer bekannt ist, wie viele Kinder da sind und wie viele nicht. Viele Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern nutzen inzwischen übrigens auch Apps dafür. Ich kann Ihnen also bei Bedarf auch noch sagen, wann mein Kind heute in der Kita eingeloggt wurde und wann es gestern abgeholt worden ist. Das ist inzwischen bei vielen Standard, und wenn ich mich nicht völlig irre, ist das Ministerium auch durchaus dabei, darüber nachzudenken, inwiefern eine landesweit verbindliche entsprechende App hier genutzt werden sollte. Ich glaube, das kann helfen. Die Daten brauche ich als öffentlicher Träger übrigens gar nicht personenbezogen. Ich möchte nur wissen, wie viele Kinder sind wann da. Das reicht mir. Weil ich dann nämlich den Personalbedarf bemessen kann, für den ich am Ende des Tages zuständig bin. Nicht nur, um das Kindeswohl abzusichern, sondern auch um zu klären, ob der Personalschlüssel auskömmlich ist. Um das, was in der Leistungs- und Entgeltvereinbarung vereinbart worden ist, dann auch umzusetzen.

Was die Schiedsstellen betrifft, kann ich Ihnen sagen, dass es bei der Schiedsstelle SGB VIII, über die reden wir jetzt, regelmäßig so ist, dass die öffentlichen Träger der Auffassung sind, dass die freien Träger zu gut wegkommen. Und wahrscheinlich ist es umgedreht genauso. Wir haben aber die Situation, dass wir insbesondere auch mit Blick auf das, was der Hof aufgeschrieben hat, die Aufforderung haben, uns darüber Gedanken zu machen, wie auch das Land in eine stärkere Steuerung kommen kann. Und die Schiedsstelle steuert schon ziemlich konkret, weil sie nämlich sehr klar definiert als untergerichtliche Instanz, wie denn die rechtliche Auslegung geschlossener Vereinbarungen oder zu schließender Vereinbarungen ist. Und wenn wir also die Feststellung haben, dass insbesondere für den Kitabereich das Konstrukt, das wir heute haben, vielleicht nicht immer so gut funktioniert und die Akteurinnen und Akteure auch nicht ausreichend vertritt, dann kann man ja darüber nachdenken, ob man für den Kitabereich noch mal eine separate Schiedsstelle aufbaut. Bei bummelig 1.000 Einrichtungen im Land ist das unter Umständen keine ganz blöde Idee. Und sich dann darüber Gedanken macht, dass tatsächlich alle Beteiligten dann dabei sind, die an Kosten beteiligt sind. Und das ist der gemeindliche Raum, also die Gemeinden, das

sind die Landkreise. Die Städte würden dann unter den gemeindlichen Raum fallen oder Landkreise. Das können wir uns aussuchen. Aber selbstverständlich gehört dann eben auch das Land mit an den Tisch, mit 55,22 Prozent der Kosten. Aus meiner Sicht völlig klar. Und natürlich müssen auch die Träger dabei sein. Das ist ganz übersichtlich. Das ist eine Überlegung, die wir gerne in den Raum stellen möchten.

Und was die Frage der Entgelte oder der Elternbeiträge betrifft, da müssen wir uns noch mal kurz erinnern, wie es ist, und wenn Herr Tünker vorhin, insbesondere bei den Hol- und Bring-Zeiten und der Frage, ob Teilzeit- oder Ganztagsplätze dran sind und die Arbeitgeberbescheinigungen zu prüfen – also ich glaube ja gerne an das Gute im Menschen, aber dass da fast so viel gelogen wird wie üblicherweise auf Beerdigungen, das ist mir wohl bekannt. Insofern ist das System aus meiner Sicht nicht geeignet. Und wie Einkommensnachweise regelmäßig schöngerechnet werden, kennen Träger der Jugendhilfe auch ziemlich genau, insbesondere, wenn es um den Unterhalt geht. Das heißt, da gibt es durchaus Schwierigkeiten. Man muss sich da dann auf irgendwas verständigen. Und eine Möglichkeit, die nicht abschließend ausgereift ist, aber eine Möglichkeit wäre natürlich, dass man schlicht und ergreifend mit der letzten Jahres-Steuererklärung arbeitet. Die kann im Übrigen dann auch, das könnte man über eine Künstliche Intelligenz regeln, da wird der Betrag ausgelesen, der dann als relevant erklärt wird und dann wird daraus ein entsprechender Betrag abgeleitet. Der wird automatisiert zugestellt. Und wenn man der Auffassung ist, dass das falsch berechnet ist, dann kann man ja in den Widerspruch gehen und dann kann man das mit dem örtlichen Träger verhandeln. Das wäre dann ein sehr verwaltungsarmes Verfahren, ganz ausdrücklich. Aber es wäre natürlich auch noch wieder ein kleiner zusätzlicher Aufwand, der verwaltungsseitig abgebildet werden müsste. Und Herr Schult, welche Größenordnungen die Elternbeiträge haben sollen, da sehen Sie es mir nach, wenn ich da sage, da gibt es ja eine Aufgabenteilung, und da gibt es einen Landesgesetzgeber, der das regeln kann und soll. Da werden Sie kluge Ideen haben.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Auf die Frage hat sich Herr Rebschläger gemeldet. Bitte.

Heiner Rebschläger: Ja. Eine Frage zu Ihren Ausführungen. Haben Sie gerade gesagt, dass die Eltern nicht die Wahrheit sagen oder dass die Wahrheit da nicht übergebracht wird bei den Arbeitgeberbescheinigungen, als auch bei den

Einkommensnachweisen? Habe ich das so richtig verstanden?

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Es sind grundsätzlich keine Zwiegespräche zwischen den Experten möglich.

Heiner Rebschläger: Okay, habe ich verstanden. Sollte ich das so verstanden haben, dann möchte ich das wirklich ausdrücklich kritisieren und zurückweisen.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Vielen Dank für das Statement, auf das Herr Bockhahn offensichtlich reagieren möchte. Ich lasse das jetzt einmal zu. Aber grundsätzlich wollen wir keine Zwiegespräche.

Steffen Bockhahn: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Dann möchte ich gerne klarstellen, dass ich im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit in den letzten zehneinhalb Jahren durchaus Kontakt damit hatte, dass Eltern falsche Angaben machen. Das ist aber nicht der Normalfall. Es ist aber auch kein ganz geringer Einzelfall. Und ich habe nicht ohne Grund auch auf das Thema Berechnung von Unterhalt verwiesen, weil da erleben wir es regelmäßig und auch das ist jetzt keine Verschwörungstheorie, sondern durchaus bekannt.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Auf der Rednerliste habe ich jetzt Herrn Renz.

Abg. **Torsten Renz**: Ich würde meine erste Frage gerne richten wollen an Herrn Deiters, Stichwort Unfinanzierbarkeit. Das macht Ihnen ja große Sorgen. Das haben Sie thematisiert und ich möchte auf Ihre schriftliche Stellungnahme hier zu sprechen kommen. Will jetzt mal weglassen, dass Sie es für sehr unpraktisch halten, dass wir mit Blick auf den Zeitraum zur Landtagswahl uns jetzt erst mit dieser Thematik befassen. Deswegen will ich Sie fragen, ob ich das als Hilferuf hier verstehen kann, wenn Sie sagen, am 22.11.24 ist ein Katalog mit den entsprechenden Maßnahmen verschickt worden und Sie fordern uns ja sozusagen auf, für einen Kommunalgipfel zu sorgen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ja der Katalog mit den Prüfrechten jetzt auch schon eine Ewigkeit vorliegt. Können Sie vielleicht dazu ausführen, wie der aktuelle Stand ist? Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage würde sich noch mal an Herrn Rebschläger beziehen. Und gestatten Sie mir ein Lob auszusprechen an dieser Stelle: Es wurde noch nie für mich so deutlich herausgearbeitet, wie Sie es in Ihrer Stellungnahme hier niedergeschrieben haben, auf Seite 3, dass im Prinzip durch die Politik im Bereich der Kindertagesstättenförderung in den letzten Jahren immer nur die Eltern und die Fachkräfte profitiert haben. Ich will Ihnen also noch mal mein Kompliment aussprechen, wie Sie das hier sozusagen verschriftet haben, dass im Prinzip in den letzten Jahren die eigentlichen Akteure, denen wir etwas zugutekommen lassen sollen, die Kinder hier mehr oder weniger hinten runtergefallen sind. Aber auch eine Frage an Sie, weil Sie im gleichen Abschnitt dann auch noch mal ausdrücklich den Landesrechnungshof kritisieren. Und zwar wenn es darum geht, dass die Betreuungsumfänge entsprechend nicht in Anspruch genommen werden, nur auf dem Papier. Und will das auch noch mal deutlich sagen, Frau Gelke hat das anhand von Beispielen gemacht, Herr Schult hat den Bürgermeister von Grevesmühlen zitiert. Ich kann Ihnen sagen, ich war dabei – das Beispiel war, glaube ich, noch drastischer die Zahlen, die er dort genannt hat. Meine Frage: Wie kommen Sie dann zu diesem vehementen Zurückweisen aufgrund von Begründungen, die Sie hier angeben, die rechtlicherseits aufgeführt sind? Wie kommen Sie in der Praxis zu dieser harschen Kritik am Landesrechnungshof? Und letzte Bemerkung, muss nicht eine Frage sein, aber in Richtung Herrn Bockhahn: Herr Schult hatte Sie ja eigentlich nicht gefragt nach der Höhe der Elternbeiträge, die Sie befürworten, sondern eher nach der Verdienstgrenze, die Sie ansetzen würden neben Ihrer eigenen B4.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Dann habe ich drei Fragen oder bei Herrn Bockhahn... zweieinhalb Fragen, okay. In der ersten ist Herr Deiters direkt angesprochen und ich übergebe das Wort.

Thomas Deiters: Ja, Frau Julitz, Herr Renz, ich freue mich, dass das angekommen ist, was wir in unserer Stellungnahme geschrieben haben. Dass es tatsächlich ein Hilferuf ist, dass es ein Hilferuf ist aus kommunaler Sicht, dass das, was wir 2020 mit dem Gesetz zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, als wir eine doch sehr gute Prognose auch der kommunalen Finanzausstattung durch die Entscheidung hier im Landtag auch bekommen haben, dass wir gesagt haben, das können wir auch auf Dauer finanzieren, dass wir jetzt in einer Situation sind, aus verschiedenen Gründen,

auch der Zensus spielt da auch eine große Rolle, die Umsetzung des Zensus hier in Mecklenburg-Vorpommern, dass wir ab dem nächsten Jahr das Geld schlichtweg nicht mehr haben. Und Dietger Wille hat es ja auch gesagt, das Haus brennt lichterloh. Und natürlich kann man dann sehen, wenn man, als Gesetzgeber ist man, als Landesgesetzgeber haben Sie ja auch die Aufgabe, für eine aufgabengerechte, für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Und wenn wir alle hier der Auffassung sind, dass die Kindertagesbetreuung uns ganz wichtig ist und auch teuer sein soll, weil nur dann ist sie uns ja auch wichtig, dann muss man sich über die Finanzierung Gedanken machen und dann muss man sich aber auch als Landesgesetzgeber die Frage stellen: Wie sollen die Städte und Gemeinden im Land das Geld dafür aufbringen, was ja ab dem nächsten Jahr deutlich weniger wird? Deswegen auch die ausdrückliche Bitte, wenn wir in der Vergangenheit vor solchen Situationen gestanden haben, das hat 2018/2020 begonnen, dann haben wir uns gemeinsam mit der Landesregierung und mit den die Regierung tragenden Fraktionen hingesetzt und haben gemeinsam versucht, Lösungen zu finden für dieses Problem. Und deswegen ist jetzt, stehen wir an dem Punkt, wo wir sagen, die Probleme sind so groß, wir müssten wieder diesen Gipfel haben. Am 22.11.2024 haben sich Landesregierung und kommunale Landesverbände verständigt, dass in der Task Force Sozialreformen insbesondere Maßnahmenvorschläge unterbreitet werden sollen, die zu einer Kosteneinsparung bzw. Kostensenkung im Sozialkostenbereich führen können, um einen Teil der Einnahmeverluste aufzufangen. Und diese Task Force steht jetzt kurz vor dem Abschluss. Wir erwarten jetzt in den kommenden Wochen, dass da die letzte Sitzung stattfindet, dass dann auch Vorschläge auch transparent gemacht werden und sicherlich auch hier im Haus auch vorgestellt werden. Also es ist schlichtweg so, dass wir jetzt nicht sagen, das war damals falsch, was wir gemacht haben, auch im Bereich KiföG. Aus damaliger Sicht, mit der Prognose über die Einnahmen, die den öffentlichen Haushalten zur Verfügung stehen, war das sicherlich richtig. Aber wenn sich jetzt die Zeiten und die finanziellen Verhältnisse dramatisch ändern und auch nicht so ändern, dass man sagt, dass es nur eine konjunkturelle Delle ist, die wir in zwei, drei Jahren wieder ausgesessen haben, sondern zum Beispiel Zensus zählt zehn Jahre die Einwohnerverluste, die wir da haben, dann muss man sich tatsächlich Gedanken machen, wie geht man dann mit der Finanzierung der Aufgaben tatsächlich um? Also deswegen Danke, dass dieser Hilferuf angekommen ist.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Herr Renz dazu eine Nachfrage.

Abg. **Torsten Renz**: Verstehe ich das richtig, dass die Task Force jetzt dann ein Ergebnis liefert und Sie sind der Auffassung, dass dieses Ergebnis im Kommunalgipfel dann final diskutiert werden soll oder wie soll ich mir die Verfahrensweise, Ihre Forderung vorstellen?

Thomas Deiters: Ja, ohne dem vorweg zu greifen, ist es wahrscheinlich so, dass die Einsparungsvorschläge, die wir in der Task Force erarbeitet haben, annähernd nicht die Einsparungen bringen werden, die wir bräuchten, um die Einnahmeverluste zu kompensieren, sodass wir darüber hinaus noch weitere Lösungen und weitere Maßnahmen besprechen müssen. Danke!

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Die zweite Frage richtete sich an Herrn Rebschläger und ich übergebe das Wort.

Heiner Rebschläger: Ja, vielen Dank, Herr Abgeordneter Renz für Ihre Frage! Danke auch für das Lob, nehme ich mit in unser Gremium. Ja, die Wertschätzung kommt an! Zu Ihrer Frage als solche führen wir auch im Weiteren in der Stellungnahme diverse Punkte aus. Die drei möchte ich noch mal hier anführen. Es gibt keine verlässliche Datenbasis, die das nachweist. Ja, das sind vielleicht auch jetzt zunehmend vermehrt Schilderungen, die wahrgenommen werden, aber es gibt keine verlässliche Datenbasis, die das nachweist. Erstens. Zweitens, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben bereits jetzt schon die Möglichkeit nachzusteuern. Also sie nehmen die Bedarfsprüfung vor, und wenn das entsprechend angezeigt wird, kann man da auch nachsteuern. Also das System, so wie es jetzt vorhanden ist, funktioniert und die Plätze werden bedarfsgerecht zugewiesen. Und drittens, über den Abschluss des Landesrahmenvertrages, gibt es bereits jetzt Abschlüsse, die mit einberechnet werden können.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: So kann man das auch machen. Ich habe eine Nachfrage von Herrn Renz dazu.

Abg. **Torsten Renz**: Ihre Argumentation habe ich sehr wohl gelesen. Jetzt muss ich

Sie nachfragen: Es scheint also einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis zu geben. Deswegen war ja meine Frage, wo Sie praktische Erkenntnisse her haben, dass das nicht auftritt, obwohl es in der Öffentlichkeit ja von mehreren Beteiligten immer wieder behauptet wird?

Heiner Rebschläger: Ja, es wird behauptet, sagen Sie ganz richtig, trifft nicht auf unsere Wahrnehmung. Aber ich möchte dazu sagen, das ist ja eine Wahrnehmung und die können wir nicht vom Tisch reden. Und das war auch mein letzter Satz: Wir müssen über alle Dinge sprechen. Wir müssen an einem Tisch offen, ergebnisoffen diese Dinge auch alle auf den Tisch packen und diskutieren. Und das gehört sicherlich dann auch dazu.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz:** Und es gab eine halbe Frage an Herrn Bockhahn.

Steffen Bockhahn: Ja. Lieber Herr Renz, auch da würde ich sagen, ist der Landesgesetzgeber gefragt. Aber ehrlicherweise kann ich mir gut vorstellen, dass wenn die Personensorgeberechtigten gemeinsam ein monatliches Nettoeinkommen von 4.500 Euro haben, durchaus zumutbar ist, das zu machen. Aber das ist eine sehr persönliche Meinung, die ich da sehe. Ich bitte zu berücksichtigen, dass ich von dem gemeinsamen Netto der Personensorgeberechtigten gesprochen habe. Also gegebenenfalls wären Unterhaltsleistungen in die Berechnung mit einzubeziehen.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz:** In der Rednerliste habe ich jetzt Frau Wegner.

Abg. **Jutta Wegner:** Ja, vielen Dank! Die Debatte hat sich ja die ganze Zeit um das systemische Problem gelöst. Ich habe aber auf meiner Fragenliste tatsächlich noch zwei sehr einfache Fragen, die sich aus dem Landesrechnungshofbericht ergeben und zu der ich heute nichts gehört habe. Die eine Frage war, macht es aus Ihrer Sicht Sinn, das Land als größten Kostenträger an den Kosten, an den Verhandlungen zu beteiligen, wenn es um die Kostensätze geht? Und die zweite Frage, da geht es um die Schiedsstellen, um die Fristen. Der Hof hat empfohlen, diese Fristen zu verlängern. Ich höre aus betroffenen Stellen, dass es ganz oft zu Schiedsgerichtsverfahren kommt, weil die Verhandlungen mit den Kostenträgern einfach nicht schnell genug ablaufen können. Macht das Sinn? Es sind kurze, knappe Fragen. Danke!

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Es gab keine explizit angesprochenen ExpertInnen. Von daher frage ich einmal, wer darauf antworten möchte. Frau Dr. Gelke.

Dr. Judith Gelke: Dass das Land momentan nicht selber verhandelt, liegt daran, dass wir dem im SGB VIII vorgegebenen Modell folgen und hier auch keinen Landesrechtsvorbehalt sehen, das anders zu regeln. Es hat in der jüngsten Vergangenheit eine beisitzende Teilnahme von Vertretern der Landesregierung gegeben an solchen Verhandlungen. Die haben, glaube ich, auch einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Was ich tatsächlich für pragmatischer halten würde und auch personalsparender wäre in der Schiedsstelle, das haben wir heute auch schon mal gehört, diesen Vorschlag, das Land zu beteiligen als Hauptkostenträger. Dann müsste es sich quasi nur in konfliktiven Fällen da noch mal mit zu Wort melden und enger damit befassen. Aber ich glaube, das hätte tatsächlich den gewünschten Effekt, ohne dass es jetzt 150 Verhandler auf Landesseite bräuchte.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Und Herr Bockhahn möchte noch.

Steffen Bockhahn: Vielen Dank! Ich kann mich dem, was die Verhandlung betrifft, anschließen. Da fehlt mir ein bisschen die Fantasie, wie das funktionieren soll, was die Frage der Schiedsstellen und der Dauern betrifft. Wir haben heute die Regelung, dass ab Vorliegen der vollständigen Unterlagen sechs Wochen Zeit zum Verhandeln sind und nach Ablauf dieser sechs Wochen kann die Schiedsstelle angerufen werden. Tatsächlich gibt es regelmäßig die Frage: Wann sind die Unterlagen vollständig? Das ist wie immer. Und der zweite Punkt ist, das spielt tatsächlich eine Rolle, gerade in den vergangenen Jahren, als wir eine starke Kostenvolatilität hatten, gab es den für mich durchaus nachvollziehbaren Wunsch der Träger, wirklich nur im Zwölf-Monats-Zyklus zu verhandeln und Entgelte auch wirklich nur für ein Jahr zu vereinbaren. Man muss ganz deutlich sagen, dass es für eine spürbare Entlastung sorgen würde, wenn wir eher 24- oder 36-monatige Zyklen hätten bei der Verhandlung von Entgelten. Das würde natürlich die Zahl der Verhandlerinnen und Verhandler, die man braucht, um das Ganze abzuwickeln, ein bisschen nach unten korrigieren bzw. würde die Zahl, die heute da ist, vielleicht besser ausreichen. Natürlich müsste man sich dann noch mal konkreter Gedanken über die Frage der Qualitätsprüfung in den Einrichtungen machen, weil natürlich die Entgeltverhandlungen auch immer Fragen von

Leistungsverhandlungen sind, wo man sich dann genau mit diesen Fragen auch beschäftigt. Und wenn man diesen Zeitraum verlängert, dann muss man dazu natürlich auch noch mal eine Instanz haben, die sich dann im Vertragszeitraum damit befasst. Aber wie gesagt, längere Verhandlungs- oder längere Vertragslaufzeiten könnten da ein bisschen helfen, das ein wenig zu entzerren.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Vielen Dank! Ich habe auf der Rednerliste jetzt Herrn Renz.

Abg. **Torsten Renz**: Ich habe jetzt mal eine etwas provozierende Frage, vielleicht in Richtung Herrn Tünker und alle anderen, die sich auch äußern wollen, sehr gerne. Ich gehe mal jetzt hypothetisch davon aus, dass die Finanzierung der Kitas, nehmen wir mal an, jetzt ganz gut auskömmlich ist. Insofern könnten wir heute einen Schnitt machen und sagen, das, was im Moment an Kosten im Raum steht, werden wir als Festbetrag definieren. Wir werden uns dann gesetzlich einigen auf eine Größe hinsichtlich der Dynamisierung. Ich will da jetzt nicht mich auf eine Zahl festlegen und dann ist das System umgestellt. Dann brauchen wir keine Schiedsstellen mehr und nichts. Keine Verhandlung. Herr Tünker, was würden Sie zu diesem Modell sagen? Und wenn andere Anwesende sich auch äußern wollen, dann bitte sehr gerne.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Dann übergebe ich an Herrn Tünker.

Bernd Tünker: Ja, man kann natürlich über alles nachdenken. Und wenn das denn eine auskömmliche Finanzierung sein sollte, die alle Eventualitäten auch im Vorhinein mit bedenkt, wie gesagt, dann kann man über alles nachdenken. Nur ich wage mal zu bezweifeln, dass das gelingen wird, schlicht und ergreifend, weil die Festbetragsfinanzierung, das hatten wir ja schon mal, dass also diese Ist-Kostenbetrachtung. Und das ist ja aus guten Gründen dann auch irgendwann umgestellt worden. Ich meine, das System, so wie es jetzt ist, funktioniert im Großen, nicht nur im Großen und Ganzen – das funktioniert eigentlich recht groß. Wir haben da jetzt natürlich das Problem, dass die Kosten steigen und wir jetzt irgendwie damit klarkommen müssen und gucken müssen, wie wir da jetzt Lösungen finden für die Zukunft. Das heißt aber nicht, dass man immer komplett gleich die Systemfrage stellen sollte, sondern da stellen sich für mich andere Fragen in diesem Zusammenhang. Wie man das vorhandene System vielleicht verbessern kann oder effizienter gestalten

kann? Oder wie man sich auch über bestimmte Dinge austauschen kann? Aber diese, jetzt die komplette Umstellung auf die Festbetragsfinanzierung und dann wird alles gut, das sehe ich so in dieser Einfachheit und Pauschalheit nicht.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Herr Wölm und Herr Deiters möchten sich dazu auch noch äußern.

Christian Wölm: Da ich mal davon ausgehen, dass Ihr Vorschlag, Herr Renz, auch die Personalkosten beinhalten würde, kann ich da wenig Fantasie entwickeln, wie so was funktionieren könnte. Ich muss es eigentlich sogar zurückweisen als Tarifvertragspartei, weil das letztlich unsere Tarifautonomie aushebeln würde letztendlich. Wir wären darauf angewiesen, die Tarifsteigerungen mit den freien Trägern, aber am Ende sind auch die öffentlichen Kitas dann davon betroffen, darauf auszurichten letztendlich, was dann hier als Festbetrag dann von Landesregierung oder Gesetzgeber sich ausgedacht wird. Und das kann einfach nicht funktionieren. Herr Tünker und ich sitzen auch uns gegenüber in Verhandlungen. Also ich habe wenig Fantasie, wie wir dann noch, ich sage mal, ordentliche Tarifverhandlungen mit Forderungen und Angebot führen sollen, die abseits solcher Festbeträge dann irgendwie stattfinden können, ohne dass es dann die freien Träger in die Insolvenz zieht, wenn wir Tarifabschlüsse machen, die über dem liegen, was das Land festlegt. Also das kann nicht funktionieren. Ich will auch nicht, dass es irgendwie funktionieren sollte, allein schon aus Gründen der Tarifautonomie.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Herr Deiters, bitte.

Thomas Deiters: Ja, auf die konkrete Frage von Herrn Renz. Also die Situation, die wir, vor der wir stehen, und das hat ja die stellvertretende Oberbürgermeisterin von Neubrandenburg auch in einer früheren Anhörung hier deutlich gemacht, wie die Schere auseinanderläuft, die verbietet es eigentlich, Denkverbote zu haben. Und der Vorschlag, den Herrn Renz gemacht hat, wäre sicherlich auch durchaus einer, den man mit in Betracht ziehen könnte. Natürlich muss man dann sehen, Herr Tünker hat das ja zum Ausdruck gebracht, dass die freien Träger für die Leistungsträger, also für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ja nur die Aufgaben durchführen. Die müssen natürlich damit klarkommen können. Das ist richtig. Und vielleicht muss man

dann auf der anderen Seite auch ein Stückchen weit die Gestaltungsfreiheit der freien Träger bei der konkreten Ausgestaltung dann auch verbessern, damit sie dann mit dem Geld auch letztendlich auskommen können. Das führt natürlich dann wieder dazu, und deswegen war es, glaube ich, gut, was Herr Wölm gesagt hat, dass man natürlich die Tarifvertragsparteien sehen muss. Aber was uns, glaube ich, allen auch heute in der Anhörung, was nicht richtig deutlich geworden ist, dass wir nicht wissen, wie tatsächlich die Situation der Einrichtungsträger aussieht. Sind Sie von der Insolvenz bedroht? Wie hoch sind die Gewinne? Wie hoch sind legitime Gewinne? Und wir erinnern gerne daran und haben auch Bezug darauf genommen auf das Rechtsgutachten von Professor Dr. Koriath, der gesagt hat, ein zu hundert Prozent aus staatlichen Mitteln finanziertes System, muss sich auch gefallen lassen, eine hundertprozentige Transparenz herzustellen. Es geht nicht darum, dass man jemandem etwas wegnimmt. Es geht nur darum, dass man deutlich macht, wie waren die Ergebnisse der letzten abgerechneten Wirtschaftsperiode? Es geht ja letztendlich um Geld des Steuerzahlers. Und wenn man das noch ein Stückchen weiter letztendlich entwickelt, würde auch ein bisschen, glaube ich, auch mehr Transparenz schaffen, dass man nicht nur die Zahl der betreuten Kinder weiß, sondern auch das tatsächlich eingesetzte Personal. Durch den prospektiven Grundsatz werden ja Personalkosten verhandelt auf der Basis von geplanten eingesetzten Personal. Und wenn das Personal dann aus unterschiedlichsten Gründen gar nicht vorhanden ist, dann ist ja die Frage, fallen dafür Personalkosten an, ja oder nein? Und wie wirkt sich das denn auch auf die anderen Beschäftigten aus, die eventuell mit einem tatsächlich viel geringeren Personalkostenschlüssel die Arbeit bewältigen müssen als der öffentlich finanzierte, als der Personalschlüssel öffentlich finanziert ist? Auch da, glaube ich, könnte man hingehen, und da haben wir den Landesrechnungshof in seinem Sonderbericht auch so verstanden, dass er gesagt hat, da ein bisschen mehr Prüfungsrechte, da mehr Transparenz, damit man tatsächlich weiß, wo das Geld des Steuerzahlers dann auch bleibt. Danke!

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen und würde dann gerne schließen. Wir hatten vorher eine Zeit von 11.30 Uhr festgelegt. Das sind noch zwei Minuten und wir haben jetzt auf der Rednerliste für die Beantwortung noch Frau Skott und Herrn Tünker.

Michaela Skott: Ganz kurz. Schon heute, schon heute ist die Finanzierung nicht ausreichend für das, was das KiföG mit der Bildungskonzeption 0 bis 10 definiert. Das muss man so klar sagen. Und da haben wir noch nicht von den Plänen zur Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation gesprochen oder für einen besseren Mindestpersonalschlüssel, eines landesweit einheitlichen. Schon heute reicht das nicht aus: zu wenig Pflegezeiten, zu wenig Weiterbildungszeiten enthalten, zu wenig Krankentage. Das heißt, schon heute ergibt sich daraus ein Minus. Es wird also so nicht funktionieren.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz:** Und Herr Tünker noch.

Bernd Tünker: In der Kürze der Zeit – 11.29 Uhr, ich versuche mal, in eine Minute auf den Punkt zu kommen. Also Gewinne. Das schwebt mal wieder so durch die Gänge, dass die freien Träger immense Gewinne machen und mit allem hinterm Berg halten. Dazu vielleicht zwei, drei Anmerkungen in der Kürze der Zeit. Alle unterliegen dem Gemeinnützigkeitsrecht. Also die von uns vertretenden Träger unterliegen sämtlich dem Gemeinnützigkeitsrecht der Abgabenordnung, und nach der Abgabenordnung sind etwaigen Gewinnen schlicht und ergreifend Grenzen gesetzt. Weil, wenn da bestimmte Beträge, ich sag mal, in Anführungszeichen Überschüsse erreicht werden, dann droht der Verlust der Gemeinnützigkeit. Selbst wenn dann Gewinne, in Anführungszeichen, Überschüsse erwirtschaftet werden sollten, verbleiben etwaige Gewinne im System. Also die werden ja nicht an Aktionäre ausgeküst oder an irgendwelche anderen Menschen, die da unbedingt ganz viel Geld verdienen wollen. Das Geld, was erwirtschaftet wird, was also über dem Strich liegt, verbleibt im System. Das ist das Prinzip der Gemeinnützigkeit. Und zur Frage der Transparenz: Also es gibt, für die AWO kann ich sprechen, das operative Geschäft, so nennen wir das bei unseren Trägern, also die Kitas und sonstigen Einrichtungen sind mittlerweile alle komplett in sogenannte gGmbHs ausgegliedert, also gemeinnützige GmbH. Jede gGmbH ist nach deutschem Recht verpflichtet, HGB, ihre Jahresabschlüsse im Bundeszentralregister zu veröffentlichen, was auch alle Jahre wieder geschieht. Da kann man nachlesen, wie es um die AWO jedenfalls, um die gemeinnützigen Träger wirtschaftlich bestellt ist. Dann gibt es noch eine weitere, ITZ – Initiative Transparente Zivilgesellschaft, vielleicht auch dem einen oder anderen Begriff. Das ist eine freiwillige Verpflichtung gemeinnütziger Träger, dort nämlich bestimmte Kriterien, also bestimmte

Angaben zu erfüllen, unter anderem auch die Jahreszahlen dort einzustellen im Netz, was wir eben unter anderem auch tun. Und dann gibt es die Register des Landes. Das Transparenzregister heißt das, glaube ich, wo eben auch gemeinnützige Träger auch verpflichtet sind, ihre Jahresabschlüsse und ihre Zahlen schlicht und ergreifend einzustellen. Also, dass da mit allem hinterm Berg gehalten wird und keiner weiß, wie es uns wirtschaftlich geht, wage ich mal zu bezweifeln. Also die Zahlen sind mehr oder weniger öffentlich einsehbar. Soweit vielleicht von meiner Seite noch. Danke!

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Okay. Vielen Dank! Herr Renz, wir haben uns im Vorfeld der Sitzung auf eine Zeit bis 11.30 Uhr der Sitzung verständigt.

(Zuruf Abg. Torsten Renz)

Bitte, Herr Renz.

Abg. **Torsten Renz**: Ich verzichte dann auf die Fragen, die ich nicht mehr anbringen kann, aber eine Klarstellung.

Ich hatte bei meinem Beispiel extra gesagt, Dynamisierungsfaktor. Und der kann ja dann so etwas wie Tarifsteigerungen, Sachkostensteigerungen oder Ähnliches, Energiekosten usw. betreffen. Da habe ich mich nicht festgelegt. Es ging also nicht in Ihre Richtung (Anm. des Sekr.: Abg. Torsten Renz hat sich dabei an Christian Wölm gewandt.), die Sie da möglicherweise herausgelesen haben, dass ich hier irgendwelche Tarifverhandlungen sozusagen auf dem Weg ausbremsen möchte. Das ist wichtig zur Klarstellung.

Stellv. Vors. **Nadine Julitz**: Gut, vielen Dank!

Ich danke den Sachverständigen dafür, dass sie uns mit ihrer Sach- und Fachkenntnis heute zur Verfügung standen! Wir werden sowohl die Inhalte der heutigen Anhörung als auch die schriftlich abgegebenen Stellungnahmen in unserer nächsten Sitzung in der nächsten Woche auswerten. Zielstellung ist es, in dieser Angelegenheit eine Beschlussempfehlung für die Juli-Landtagssitzung zu erarbeiten.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann schließe ich die Sitzung und erlaube mir den Hinweis, dass unsere nächste Sitzung in zehn Minuten in diesem Raum beginnt.
Herzlichen Dank!

Ende der Sitzung: 11.33 Uhr

Andreas Butzki
Vorsitzender

Nadine Julitz
stellv. Vorsitzende

Tho/Be